



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 2 (1932)

67 (23.3.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-254533](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-254533)

Fahrer-Kreuzbanner

Verlag: Die Hochdruckverlagsanstalt, Karlsruhe, Postfach 1000.
Erscheinung: 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. März 1932.
Preis: 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. März 1932, 1.000.
Verlag: Die Hochdruckverlagsanstalt, Karlsruhe, Postfach 1000.

NATIONALSOZIALISTISCHES
KAMPFBLETT NORDWESTBADENS

Verlag: Die Hochdruckverlagsanstalt, Karlsruhe, Postfach 1000.
Erscheinung: 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. März 1932.
Preis: 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. März 1932, 1.000.
Verlag: Die Hochdruckverlagsanstalt, Karlsruhe, Postfach 1000.

Nr. 67 / 2. Jahrgang

Mannheim, Mittwoch, den 23. März 1932

Freiverkauf 15 Pfg.

„Offener Landesverrat des Zentrums“

So lautete die Überschrift im „Bläzler Volksboten“ (BBB) vom 19. April 1924 — Weiß das Herr Maier? Weiß das auch der „infam beleidigte“ Herr Föhr?

Am letzten Mittwoch brachte unser Bruderorgan „Der Führer“ einen Artikel „Mainlinie und Donausaß“, in dem der Zentrumspräsident des Landes Baden unter Führung des Herrn Föhr der Vorwurf gemacht wurde, daß sie im Falle eines Sieges Adolfs Hitlers in der Reichspräsidentenwahl für eine Abtrennung des katholischen Südens vom protestantischen Norden eintreten werde. Diese Behauptung stützt

sich u. a. auf angebliche Äußerungen eines Teilnehmers an einer vertraulichen Beratung von Prominenten des Zentrums, die nach Mitteilung des „Führer“ in Singen stattgefunden haben soll.

Wegen dieses Artikels wurde der „Führer“ bekanntlich nicht nur beschlagnahmt, sondern auch für zwei Wochen verboten. Es ist notwendig, hierzu einiges an den Rand zu schreiben, und zwar zunächst:

„Führung“ sprechen. Zu diesen Redewendungen sind Sie keineswegs berechtigt, bevor nicht eine gerichtliche Unterstufung der Angelegenheit Klarheit geschafft hat. Auf keinen Fall ist es angängig, daß Sie eine Zeitungsnachricht in einem amtlichen Schriftstück deshalb als unwahr bezeichnen, weil der darin Beschuldigte seine Schuld bestreitet. Wenn also beispielsweise Herr Föhr alles mögliche bestritten hat, so ist damit noch lange nicht erwiesen, daß der „Führer“ die Unwahrheit geschrieben hat; denn es soll auch schon Zentrumsleute gegeben haben, die zu ihrer Entlastung gelogen haben.

Der „Führer“ hat bekanntlich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wegen der von ihm geschilderten Zentrumsuntriebe Anzeige beim Oberreichsanwalt erstattet wurde. Das ist die Instanz, die zuständig ist für die Untersuchung dieser Angelegenheit, nicht etwa Sie, Herr Maier! Und wir sind überzeugt, daß sich der Oberreichsanwalt die Sache nicht so leicht machen wird, wie Sie, Herr Maier, der Sie sich offenbar auf eine kurze Rücksicht bei den Beschuldigten beschränken. Der Oberreichsanwalt wird auch die Gewährsleute des „Führer“ vernehmen, weil er die Interessen des Reiches zu wahren hat ohne Rücksicht auf die Interessen einer Parteikoalition.

Nehmen wir für einen Augenblick sogar einmal an, der „Führer“ wäre einer Mystifikation zum Opfer gefallen und die gegen einige führende Zentrumsmitglieder erhobenen Vorwürfe entbehrten jeder tatsächlichen Grundlage. Sie gingen von dieser Annahme aus, — deren sachliche Berechtigung wir im Augenblick noch sehr bezweifeln, als Sie die folgenden Sätze Ihrer Verbotsbegründung schrieben:

„... Es ist begreiflich, daß die dieser Partei angehörige Kreise sich diesen schmählichen Vorwurf nicht gefallen lassen und danach trachten, ihrer Empörung schreibaren Ausdruck zu geben. Bei den gesteigerten Gegensätzen unmittelbar nach den Wahlkämpfen zur Reichspräsidentenwahl und im Hinblick auf den bevorstehenden zweiten Wahlgang ist eine Störung der öffentlichen Ordnung mit erheblicher und naheliegender Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Durch ihren Inhalt hat die Tageszeitung deshalb die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.“

Sie gestehen also in Ihrer Eigenschaft als Polizeiminister des Landes Baden den Wählern der Zentrumspartei das Recht zu öffentlichen Demonstrationen wegen angekommener Presseverleumdungen gegen ihre Parteiführer zu. Sie finden die Abtötung solcher Demonstrationen „begreiflich“, trotzdem diverse Notverordnungen öffentliche Demonstrationen politischen Charakters unter Androhung von Gefängnisstrafen von 3 Monaten verboten. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer „großen Partei“. Das war am 18. März, drei Tage, nachdem das badische Volk, dessen Belange Sie zu vertreten haben, sich zu einem vollen

Ein Wort an Herrn Maier

In der Verbotsbegründung des Herrn Maier heißt es:

„... Diese Behauptungen, die vollständig aus der Luft gegriffen sind, haben in weiten Kreisen der badischen Bevölkerung ungeheures Aufsehen und eine außerordentliche Empörung hervorgerufen. Das Polizeipräsidium Karlsruhe und die Polizeidirektion Freiburg haben sich veranlaßt, im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die bezeichneten Nummern des „Führer“ und „Mannchen“ zu beschlagnahmen. Die Polizeidirektion Freiburg hat darüber berichtet, daß die Zentrumskreise in Freiburg, um der ungeheuren Erregung ihrer Mitglieder Rechnung zu tragen, einen Demonstrationstag in Freiburg veranstalten wollten. Die sonst so ruhige Bevölkerung ließe sich angesichts dieses ungeheuerlichen Vorwurfs nicht mehr halten und dränge auf die Straßen. Unmittelbare Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit seien zu befürchten. In gleicher Weise hat das Polizeipräsidium in Karlsruhe sich genötigt gesehen, Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angesichts der Erregung der Bevölkerung zu treffen.“

Dieser Sachverhalt gibt Veranlassung, von der Möglichkeit des Verbotes der Zeitung, die in Paragraph 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931 vorgegeben ist, im vorliegenden Falle Gebrauch zu machen. Durch den angeführten Artikel verleumdet die Zeitung öffentlich in böswilliger Weise die Führung einer großen Partei und beschuldigt sie des schlimmsten Verbrechens, dessen sich eine Partei schuldig machen kann, nämlich des Hoch- und Landesverrats.“

Wahr oder unwahr?

Herr Innenminister! Sie stellen also an verschiedenen Stellen Ihrer Verbotsbegründung fest, daß die vom „Führer“ ge-

brachten Mitteilungen unwahr seien. Sofern diese Ihre Darstellung ein Teil der Verbotsbegründung sein soll, müssen Sie gestatten, daß wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihr Verbot sogar nach dem Wortlaut der Notverordnungen rechtlich unhaltbar ist, da es bis heute keine Notverordnung gibt, die das Ansehen einer Partei unter Schutz stellt und Zeitungsverbote auch wegen Angriffen gegen Parteien und Parteimänner fordert. Wenn aber diese Ihre Urteile über die Wahrheit oder Unwahrheit des „Führer-Artikels“ nicht ein Teil Ihrer Verbotsbegründung sein sollen, dann wird kein Mensch einsehen können, weshalb Sie von „aus der Luft gegriffen“ und „Verleum-

Sonderrechte für die Schwarz-Roten?

Herr Innenminister Maier! In Ihrer Verbotsbegründung sprechen Sie auch von einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch den Führer-Artikel und begründen mit diesem Hinweis ausdrücklich Ihre Verbotsmaßnahme. Wir haben

schon darauf hingewiesen, daß Sie weder befugt noch aufgrund der zwischen Erscheinen der Zeitung und Ihrem Verbot liegenden Zeit überhaupt in der Lage waren ein endgültiges Urteil über diese schwebende Strafsache abzugeben.

Es bröckelt im Hugenberg-Lager

Die „Deutsche Zeitung“ schwankt zu Hitler über

Berlin, 22. März. Die „Deutsche Zeitung“, ein bisher den Deutschnationalen nahe gestandenes großes Blatt der Reichshauptstadt hat die Enthaltensparole Hugenberg zum Anlaß genommen, offen für die Kandidatur Hitlers einzutreten. Sie schreibt in ihrer letzten Ausgabe:

„Für uns, die wir jede politische Gruppe zu vertreten gewohnt sind, die den Widerstand gegen das heutige System auf ihre Fahnen geschrieben hat, erscheint es vom Standpunkt der nationalen Opposition aus geboten, die Kandidatur Hitlers zu unterstützen.“

Im Hugenberglager zeigt man sich über den Verlust dieses einflussreichen Gehilfen

höchst entsetzt und beschwört in herzzerreißenden Lamentis die nationale Wählerschaft, doch nicht der „aussichtslosen Parteikandidatur“ Hitlers das Wort zu reden. Daß man im ersten Wahlgang selbst eine absolut aussichtslose, streng parteilich einseitige Parteikandidatur verfolgt, scheint dem schwachen Gedächtnis der Hugengerer bereits entfallen zu sein.

Für Hugenberg bringen seine laßlichen Fehltritte die Gefahr einer Spaltung seiner Partei und das Absinken des aktivistischen Teiles zur NSDAP. Zahlreiche Vorboten dieser Entwicklung haben sich bereits eingestellt, — von uns im gesamtdeutschen Interesse aufs freundlichste begrüßt.

Die Stahlhelmkrise

NSA Berlin, 21. März. Die Austreibsbewegung aus dem Stahlhelm wegen seiner Sabotage der nationalen Einheitsfront gegen das System hält nach wie vor an. So sind z. B. in Müllheim, Kreis Lehe, die überwiegende Mehrzahl der Stahlhelmmitglieder zur NSDAP übergetreten. Auch der Stahlhelmführer Dr. Wingram in Dorum ist aus dem Stahlhelm ausgestiegen und hat sich in die Front der NSDAP gestellt.

Der Führer des nationalen Deutschlands heißt: Adolf Hitler!

Drittel zum Nationalsozialismus bekannt hat. Auch Sie, Herr Maier, werden doch wohl nicht bestreiten können, daß die NSD-AP heute die größte Partei Badens ist.

Run ist es das Mindeste, was das Volk von einem Minister schon laut Verfassung verlangen kann.

eine unparteiische Haltung

Was also hinsichtlich der „großen“ Zentrums- partei im badischen Innenministerium „be- greiflich“ gefunden wird, das sollte nach Meinung jedes geradenden Menschen auch hinsichtlich der größten badischen Par- tel dort begriffen werden.

Sit das nicht zw'ierlei Maß?

Haben Sie, Herr Maier, etwa die sozial- demokratischen Schmierblätter verboten oder

auch nur verwarnt, als sie den Führer der größten Partei Deutschlands und Badens in der gemeinsten Weise verleumdet haben? Wir erinnern Sie nur an die verschiedenen Artikel Ihrer hundsgehmeinen Parteipresse:

„Hiller als Frontsoldat“ usw.

Artikel, deren verleumderischer Charakter gerichtsnotorisch schon festgestellt war, als sie hier in Baden erschienen! Hier haben Sie nicht einmal eine Verwarnung, ge- schweige denn ein Verbot ausgesprochen. Hier hätten Sie es auch keineswegs „be- greiflich“ gefunden, wenn die größte Partei öffentlich demonstriert hätte! Hier war auch „die öffentliche Sicherheit und Ord- nung“ nicht „gefährdet“! Wir haben uns das gemerkt, Herr Maier!

„Inflation droht!“

Bekanntlich veröffentlichte die nicht we- niger gemeine Zentrums- und in mehreren Artikeln die ausgesprochene Lüge, daß Adolf Hiller eine Inflation herbeiführen wolle; eine Lüge, die schon deshalb das Volk aufs Höchste erregen und beunruhigen mußte, weil die Schrecken der letzten Inflation noch in aller Erinnerung sind. — Jener Inflation, Herr Maier, die unter der Aera Ihres Parteigenossen Hillerding und des Zen- trumsmanes Erzberger das gesamte deutsche Volksvermögen vernichtete! Auch hier, Herr Maier, haben Sie auffälligerweise we- der die öffentliche Sicherheit, noch die Ord- nung bedroht! Wir haben auch das zur Kenntnis genommen, das Volk ist der Auf- fassung, daß hier mit zweierlei Ellen ge- messen wird!

Zentrum und Separatismus

Die auffällige Eile, mit der das Badische Innenministerium die Veröffentlichung des „Führer“ als unwahr abtat, hat überall großes Aufsehen erregt. Ob mit oder ohne Absicht des Verfassers hat die Verbotsbegründung in politischen Kalenkreisen den Eindruck erwecken können, daß die Zen- trumspartei über den Vorwurf des Separat- ismus nicht nur für diesen Fall, sondern generell und auch hinsichtlich ihrer dunkeln Vergangenheit der letzten Jahre erhaben sei. Diesem falschen Eindruck treten wir mit kommenden Veröffentlichungen entgegen, wobei wir ausdrücklich feststellen wollen,

daß sich zum Abschluß des Verfahrens des Oberreichsanwaltes gegen die vom „Führer“ beschuldigten Parteimänner des Zentrums auch für uns die Frage offen bleibt, ob das badische Zentrum heute noch eine

Partei des separatistischen Landes- verrats

ist. Aber mit umso unerbitlicherer Genauig- keit muß festgestellt werden,

daß das Zentrum 1919 und 1924 die Partei des separatistischen Landes- verrates war.

Wir haben nicht die Absicht, das Schick-

**So sieht die Ankurbelung der Wirtschaft aus
Zab'ungsinstellung der Junkerswerke**

Berlin, 22. März. Die Junkerswerke teilen mit: „Die Junkerswerke in ihrer Ge- samttheit, nämlich Junkerswerke Hauptbüro, Forschungsanstalt Professor Junker, Jun- kers u. Co., Junkers Flugzeugwerke L.-G. Junkers Motorenbau G.m.b.H. und Kalo- rifierwerk Hugo Junkers haben ihren Gläu- bigern mitgeteilt, daß sich Professor Junkers im Interesse der Fortführung seiner Werke und zum Schutze der Gesamtinteressen der Gläubiger verpflichtet gehalten hat, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantra- gen, und daß im Verfolg dieser Maßnah-

men die Zahlungen eingestellt worden sind. „Man ist entschlossen, das System der Werke auf alle Fälle sicher zu stellen, nicht nur um die großen, in den Junkerswerken vorhandenen Werte zu sichern, sondern auch um den insgesamt über 3000 Arbeitern und Angestellten ihre Daseinsmöglichkeit zu er- halten.“

Die Junkers-Diesel-Kraftmaschinen G.m.b.H. Chemnitz, deren Anteile nicht im alleinigen Besitz von Professor Junkers sich befinden, wird von diesen Vorgängen nicht berührt.“

Es liegt uns fern, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören; deswegen behaupten wir über die heutige Bestimmung des Zen- trums vorerst gar nichts! Aber das Zen- trum von 1919 und 1924 kommt an den Pranger; und es wird raffsam sein, Herr Innenminister Maier, wenn Sie den Ver- such unterlassen, unsere bereit liegenden Ge- schichtsinstruktionen für Führ und Genossen etwa durch ein Verbot zu stören! Es gibt auch noch ein Reichsgericht in Leipzig!

Redaktionelle Notiz: Soeben läuft das Verbot der „Volksgemeinschaft“ bei uns ein, das mit der angeblichen Umgehung des „Führer“-Verbotes durch nicht min- der angebliche Erfahrlieferungen an „Führer“-Abonnenten begründet wird. Wegen diese neue Aktion des Herrn Maier sind selbstverständlich sofort die nötigen Rechtsmittel eingelegt worden.

Mit Rücksicht darauf, daß nun bis zum 29. März nur noch die „Saken- kreuzbanner“-Abonnenten von unseren Veröffentlichungen erreicht werden, bringen wir die Geschichtsinstruktionen für Führ und Genossen erst nach Ablauf der Verbotzeit der „Volksgemeinschaft“ auf Wiederhören!

die SPD. in diesem Prozeß nicht zu stark befaßt werde. —

Das sind die SPD-Genossen, die ange- blich die deutsche Arbeiterschaft vertreten. Kein Einzelfall, nein, nur ein Glied in einer Kette, die durch die letzten 13 Jahre sich hin- zieht!

Ein umstrittener Ruß

Schließlich kommt der Vorsitzende auf die persönlichen „Beziehungen“ des Genossen Brolat zu Leo Sklarek zu sprechen. Vor- sithender: „Sie haben doch von der Ge- schichte mit dem Ruß schon gelesen?“ — Brolat: „Das kommt nicht in Frage. Bis jetzt habe ich geglaubt, daß ich noch normal sei.“ — Vorsithender: „Run Herr Hoffmann?“ — Hoffmann bekundet darauf: „Ich war bei der Einweihung von Leo's Villa zugegen. Da sagte Brolat: Ich habe den Jungen (Leo Sklarek) so lieb, daß ich ihm am liebsten einen Ruß geben möchte.“ — Es bleibt ungeklärt ob sich die beiden sozialdemokratischen Edelblüten nun wirklich gegenseitig so intim ihre „Zuneigung“ bekundeten. — Schließlich ist das für die Öffentlichkeit auch unerheblich, da die geschäftliche „Zuneigung“ viel handgreif- licher und interessanter war, wie wir gesehen haben.

Nachdem noch massenhafte Anzugsbestel- lungen des „Arbeitervertreter“ Brolat, sonderbare Lieferungen von Straßenbahner- uniformen und dergl. Merkwürdigkeiten zur Sprache gekommen sind, schließt eine aller- seits mit Heiterkeit aufgenommene Erklärung Brolat's die Verhandlungen ab.

„Fürst“ Rathinkus IV.

Brolat erklärt nämlich gegen Ende der Verhandlungen: — „Wenn Fürsten, Gra- fen und Barone mit den Sklareks verkehr- ten, dann habe ich es doch nicht nötig, be- sonders zimperlich zu sein! — Vorsithen- der: „Wir haben hier schon viele Namen gehört, aber noch keinen von einem Für- sten.“ — Brolat darauf: „Na, Herr von Kardorff, der Vizepräsident des deutschen Reichstags!“

Was der Sklarek-Prozeß nicht alles an den Tag bringt. Jetzt erfährt man auch noch so zufällig nebenbei, daß Rathinkus IV., von Kardorff-Oheim zu den Intimen der Sklarek-Tafelrunde gehört! Peinliche Fest- stellung für den Vizepräsidenten des Reichs- tags —, für uns jedoch nicht sonderlich ver- wunderlich. Wir wissen: Diese Systemgrößen gehören alle zusammen. Sie sind mit ein- ander verfilzt, und erst der Nationalsozialis- mus wird den schwarz-roten Misthaufen gründlich beseitigen. —

Der deutschen Arbeiterschaft aber gibt die Affäre des Genossen Brolat prächtige Gelegenheit, nachzuprüfen, ob ihre Vertre- tung, die sich die SPD. anmaßt, in guten Händen ist!

Eine Unterredung Hillers

London, 22. März. „Daily Express“ ver- öffentlicht eine ausführliche Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Adolf Hiller, derzufolge Hiller erklärte, er sei ke- neswegs durch das Wahlergebnis niederge- schlagen. Die Lügen hätten ihre Wirkung getan. Es sei eine harte Schicksal gewesen, die aber noch nicht vorüber sei. Er werde kämpfen, wie er noch nie gekämpft habe. Ueber die Gerüchte befragt, daß die Geld- mittel der NSDAP stark erschöpft seien, sagte Hiller: „Laßt sie ruhig reden, unsere Propaganda finanziert sich selbst. Jeder Teilnehmer an meinen Versammlungen zahlt eine Eintrittsgebühr und so erzielen wir einen Gewinn, nicht einen Verlust.“ Hiller sagte ferner, er sei ganz sicher, beim zweiten Wahlgang seine Stimmenzahl zu vermehren. Die Hauptüberfrachtung beim ersten Wahlgang sei die Abnahme der kom- munistischen Stimmen gewesen. Er habe allein so viel Stimmen gewonnen, wie die Zentrumspartei seit 40 Jahren unverändert erziele.

Der Korrespondent schreibt schließ- lich, daß ihm einer der nächsten Berater Hillers anschließend an die Unterredung mitgeteilt habe, die NSDAP erwarte einen Aufruf mehrerer mächtiger nationaler Or- ganisationen, in dem deren Mitglieder zur Unterstützung Hillers im zweiten Wahlgang aufgefordert würden.

Blitzlichter aus dem Sklarek-Prozeß

Ein vorbildlicher Hindenburgwähler

Die sonderbaren Geschäfte des Genossen Brolat

Die SPD. hat sich bekanntlich in rühren- der „Erfolgskampagne“ für die Wiederwahl des Generalfeldmarschall von Hindenburg eingesetzt! Wir haben schon immer unserer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es Herrn von Hindenburg nicht bekannt ist, welches lichtscheue Wesen sich zwischen ge- wiss ehrenwerten, aber bedeutungslosen Leu- ten hinter seinem breiten Rücken, hinter seiner persönlichen Unangreifbarkeit verkro- chen hat.

Der Sklarek-Prozeß läßt wieder ein- mal die Schleier, die das Treiben jener so- zialdemokratischen Parteibonzen enthüllt, die angeblich immer nur für das Wohl der deut- schen Arbeiterschaft tätig sind.

Vor den Schranken des Gerichts steht der mit 72 000 RM. befohlene „Arbeiter-

vertreter“, Generaldirektor der Berliner- Verkehrs-Gesellschaft, SPD-Genosse Bro- lat, klein, rundlich und spießbürgerlich, wie die Heidelberger „Volkszeitung“ den Top des SPD.-Gewerkschaftsbonzen jüngst un- vorsichtig charakterisierte.

Brolat bekennt zunächst, daß er bei allen drei Brüdern Sklarek seit 1926 verkehrt habe, daß die Sklareks viel für ihn „aus- gegeben“ hätten. „Wir hatten vielleicht gegen- seitig aneinander einen Narren gefressen“, erklärt Brolat wörtlich. — Diese gegenseitige „Narrenfresserei“ scheint indessen sehr „re- ale“ Hintergründe gehabt zu haben, beson- ders geschäftlicher Natur, wobei man aller- dings kaum noch von „realen“, sondern von „unrealen“ Geschäften sprechen kann.

Deutscher Arbeiter! Das sind Deine „Vertreter“.

Der 2000 Mark-Pelz
Kleines Weihnachtsgeschenk des Gen. Brolat.

Nachdem also die staunende Mitwelt er- fahren hat, daß der Vertreter der armen deutschen Volksgenossen, Gen. Brolat, dem Schieber Sklarek an einem einzigen Tage für das Monatsgehalt eines deutschen Ar- beiters Tannenbäume verschenkte, daß die- ser SPD.-Genosse Hemden von den sozial- demokratischen Edelblüten, den Sklareks er- hielt, die pro Stück 68.25 Mk. kosteten, also bedeutend mehr als der Wochenlohn eines deutschen Arbeiters mit Familie, kommt als nächste Enthüllung die erstaunliche Mitteil- ung, daß der Genosse Brolat seiner Frau zu Weihnachten wenigstens auch ein kleines Geschenk gemacht hat: — einen Pelz für 2000 Mark nämlich.

Die Sklareks „empfehlen“ die Firma, bei den Sklareks wurde Maß genommen, Leo Sklarek bezahlte den Pelz! Brolat versucht sich mit der Behauptung herauszu- reden, er habe die 2000 Mark an Sklarek bezahlt. — Der Vorsithende scheint aber an die Noblesse des Genossen Brolat nicht zu glauben, denn er erklärt: — „Na, wenn Sie den Pelz wirklich bezahlt hätten, dann würden Sie es ja kaum nötig gehabt haben, zu Ihrer Pelzfirma nochmals hinzugehen und nur für eine Quittung 2000 Mark zu bieten.“ — Peinlich, peinlich, Genosse Bro- lat. — Der setzt sich aber noch auf's hohe Roß und erklärt: „Man hat ja auch auf andere Dinge Rücksicht zu nehmen, als nur auf das Gericht.“ — Jedenfalls meinte Bro- lat, daß er Rücksicht zu nehmen habe, daß

doch die Wahrheit!“ — Brolat: „Ich habe es nachher erfahren. Die Hemden ha- ben etwa 200 Mark gekostet.“ — Vor- sithender: „Was sagen Sie dazu, daß die Hemden 819.50 Mark gekostet haben?“ Hier antwortet der „Arbeitervertreter“ und SPD.-Genosse Brolat scheinheilig: „Das ist doch nicht möglich?“ — Diese freche Lüge- rei des Genossen Brolat veranlaßt den Vorsithenden zu der ironischen Bemerkung: „Das ist so unmöglich, Herr Brolat, daß Sie bei der betreffenden Firma später darum gebeten haben, eine Rechnung über 12 Hem- den ausgestellt zu erhalten. Stimmt das?“ — Kleinlaut und geschlagen gesteht der Schieber Genosse Brolat: — „Jawohl.“ —

12 seidene Hemden für 819,50 RM.

Nachdem diverse sonderbare Geschäfte der Brolat-Sklareks zur Sprache gekommen sind, fragt der Vorsithende: „Haben die Sklareks sonst noch etwas für Sie erledigt?“ — Brolat: „Ich wüßte nicht.“ — Vor- sithender: „Herr Brolat, bedenken Sie sich, Sie wissen es ganz genau!“ — Plötz- lich findet der „Arbeitervertreter“ Brolat sein Gedächtnis teilweise wieder: „Ich habe im Frühjahr 1929 für Leo's Villa Tannen im Werte von etwa 170 Mark geschenkt, dafür hat sich dann Leo mit 6 seidene Hem- den revanchiert.“ — Vorsithender: „Wußten Sie, was die Hemden gekostet ha- ben?“ — Brolat: „Nein.“ — Vor- sithender: „Sie wissen es! Sagen Sie

2. Jahrg. Die ans gän- die Dauer Kei- Schmeier- Rotveror- hörde, k- geschäftl- griff war- macht wo- Ledigli- tlicher- Anlaß ein- scheint un- daß es d- Unterdrück- Presse, of- erscheint, gründung- sondern d- werbefreit- garantiert- außer Red- auf die n- dung, die- noch nicht- ... W- Daß e- Aeußerun- gen hande- der einma- sen ausge- zwei Tage- n also j- bolen w- Soeben- „Wölkche- von der s- verholen r- Rati- schwarz-rol- Komper- geordnet- kandidaten- didaten d- Stimmen. hielt 1727- und Fische- Redarr- Wahlergeb- vom 14. M- „Wahlerge- gebiet“ ein- Redarmüb- wählten 23- Wieder ein- Strämlin- in der Gen- tember 193- Spar- und e.G.m.b.H., men 7500- sammen 75- RM. zur A- auf Schwie- einer weiter- Auflösung- dung des F- Die Dubiose- angewachsen- Sonderzug- Ludwigshaf- Ludwigsbaf- Ostermarkte- der Nacht- Dienstag, d- zug: Auf- haben (Rhe- Zug hält auf- hat Anschluß- hafen-Mund- zug nach Lu- Mit dem u- Kaisersta-

Die „Volksgemeinschaft“ verboten

Gibt es noch Gewerbefreiheit in Baden?

Die „Volksgemeinschaft“ ist gestern aus uns gänzlich unverständlichen Gründen auf die Dauer von 8 Tagen verboten worden.

Kein Artikel in unserem Heidelberger Schwesterblatt hat gegen irgend eine der Rotverordnungen verstoßen, keine Behörde, kein Minister, kein irgendwie geschützter Gegenstand oder abstrakter Begriff waren angegriffen oder verächtlich gemacht worden. —

Lediglich der Versand unverkäuflicher Werbenummern wird zum Anlaß eines Verbotes genommen. Hiermit scheint uns der Beweis geliefert zu sein, daß es den maßgebenden Stellen bei ihrer Unterdrückung der nationalsozialistischen Presse, offenbar gar nicht mehr notwendig erscheint, eine einigermaßen haltbare Begründung ihres Vorgehens vorzuweisen, sondern daß sie entschlossen scheinen die Gewerbefreiheit, die die Weimarer Verfassung garantiert, einseitig für Nationalsozialisten außer Kraft zu setzen. — Wir sind gespannt auf die näheren Ausführungen der Begründung, die uns bis zur Stunde überhaupt noch nicht vorliegt. — Das Verbot der

„Volksgemeinschaft“ wird uns nur ein neuer Antrieb sein, umso energischer und fanatischer für unsere nationalsozialistische Presse zu werben.

War das vielleicht der Grund?

Dem Vorstehenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Bezirk Heidelberg, waren in der gestrigen Ausgabe der „Volksgemeinschaft“ peinliche Enthüllungen unter der Spitzmarke „Adolf Rausch, der Karlsburger Ritter“ angekündigt worden.

Rausch ist sozialdemokratischer Bonze und mißbraucht den Jahungsgemäß auf unparteilichem Haltung festgelegten freien Verband fortgesetzt in parteipolitischen Sinne.

Sollten mit dem Verbot vielleicht gewisse peinliche Enthüllungen der „Volksgemeinschaft“ über den Genossen Rausch die Ruhe und Ordnung gestört hätten, unmöglich gemacht werden? Wie dem auch sei. Wir haben Zeit!!!

einen unbesiegbaren Block. Wir stehen am Anfang, die Systemparteien am Ende. Heil Hitler!

Heiliger Birzeng hi!

NSA-Paderborn, 21. März. Im schwarzen Systemorgan „Westfälisches Volksblatt“ vom 12. März findet sich folgende Notiz:

„Welcher Bezirk bringt die meisten Stimmen für Hindenburg auf? Ein

Paderborner Bürger hat den Vorschlag gemacht, dem Bezirk, der prozentual die meisten Stimmen für Hindenburg aufbringt, eine Geldsumme als Prämie für die Bezirks-Winzenzkonferenz zukommen zu lassen. Es kommen drei Prämien in Betracht, die von Bürgern gestiftet sind.“

Ist das nun bloß widerlicher Mißbrauch der Caritas zur Systemrettung oder ist es offener Stimmenkauf? U. U. w. g.

6129 000 Arbeitslose

Berlin, 22. März. Die Zahl der Erwerbslosen belief sich am 15. März auf 6 129 000.

Hitler darf nicht im Rundfunk sprechen! Die Vergeltung wird in gleicher Münze erfolgen

Berlin, 22. März. Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt: Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hatte vor einiger Zeit den Antrag gestellt, anlässlich des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl den Rundfunk zu einer Ansprache zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der politische Ueberwachungsausschuß der Funkhunde hat diesen Antrag abgelehnt und seine Stellungnahme damit begründet, die Reichsregierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß „auch im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl der Rundfunk für parteipolitische Reden nicht zur Verfügung gestellt werden dürfe“.

Wenn Herr von Hindenburg und Herr Heinrich Brüning den Rundfunk zum Wahlkampf benutzen, dann hat das natürlich — es ist schwer für einen gesunden Menschen, das zu verstehen — nicht mit Parteipolitik zu tun! — Wir werden uns diese Methoden für später merken und im übrigen auch ohne Rundfunk den Endsieg erringen! —

Reichslandbund für Hitler

Berlin, 22. März. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes faßte am Dienstag folgende Entschlieung:

„Die Gründe, die den Reichslandbund veranlaßt hatten, seine Stimme nicht für Hindenburg einzusetzen, bleiben auch für den zweiten Wahlgang in vollem Umfange bestehen. Die verheerenden Auswirkungen der Irrwege der bisherigen deutschen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik sind für die deutsche Wirtschaft von Tag zu Tag fühlbarer. Daher kann ein deutscher Bauer am 10. April nicht Arm in Arm mit der bauerneindlichen Sozialdemokratie den Reichspräsidenten wählen. Der Reichslandbund hat schon für den ersten Wahlgang die Herausstellung der Persönlichkeiten bewußt den anderen Gruppen der nationalen Front überlassen. Seine Stellungnahme für den zweiten Wahlgang bedeutet daher keine parteipolitische Bindung. In der Stimmabgabe für Hitler, der als einer der bisherigen Kandidaten der nationalen Bewegung seine Kandidatur in der zweiten Wahl aufrecht erhält, sieht der Reichslandbund eine starke, kämpferische Kundgebung. Der notwendige Kampf des deutschen Landvolkes um Befreiung und Selbsterhaltung des Berufsstandes gegen das hinter der Person Hindenburgs Schutz suchende System muß in den darauf folgenden Entscheidungskämpfen bei den Landtagswahlen stärksten Ausdruck erhalten. Der 24. April muß den Sieg bringen.“

„Graf Zeppelins“ Südamerikafahrt

London, 21. März. Um 17.45 Uhr MEZ überflog das Luftschiff „Graf Zeppelin“ Tanger und um 19.45 Uhr Mogador in Marokko.

Hamburg, 22. März. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute morgen um 8.30 Uhr Berliner Zeit die Nordwestküste Afrikas bei Kap Blanco überflogen.

Hamburg, 22. März. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich um 13 Uhr Greenwicher Zeit auf 18 Grad Nord und 20,7 Grad West, das ist nördlich der Kap Verdischen Inseln.

Mandschurische Nationalversammlung im Juni

Tschangschun, 21. März. Die Regierung Puji hat beschlossen, die Nationalversammlung des mandschurischen Staates für den Monat Juni nach Tschangschun einzuberufen. Die Abgeordneten werden nicht gewählt, sondern von der Regierung und anderen staatlichen Organisationen ernannt. Die Nationalversammlung soll beschließen, welche Staatsform der mandschurische Staat erhalten soll. Außerdem soll sie den Freundschaftsvertrag mit Japan bestätigen.

...und der „Völkische Beobachter“

Daß es sich nicht mehr um unvorsichtige Äußerungen nationalsozialistischer Zeitungen handelt, wenn unsere Presse heute wieder einmal besonders ministeriellen Einariffen ausgesetzt ist, zeigt die Tatsache, daß in zwei Tagen in Deutschland neun nationalsozialistische Zeitungen verboten wurden.

Soeben erfahren wir, daß auch der „Völkische Beobachter“ bis zum 26. März von der schwarzen bayerischen Regierung verboten worden ist.

Nationalsozialisten! Zeigt den schwarz-roten Parteien, daß ihr, über alle

Unterdrückung hohnlachend, mit unserem Führer Adolf Hitler zum Siege schreiten werdet! Verdoppelt die Kräfte. Werbt von Mann zu Mann, von Frau zu Frau. Seht den Geist gegen den Buchstaben einer ihrem Sinn nach mißbrauchten Verfassung. — Seht Ueberzeugung und Opferwillen gegen die Macht des staatlichen Gummiknüppels, stellt die Idee gegen brutale Gewalt!

Jeder Nationalsozialist wirbt täglich eine Stimme für Adolf Hitler.

Die Mordtat des roten Untermenschentums und die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung schmieden aus uns allen

Bergessen Sie nicht

bis zum

25.

beim Briefträger die Bezugsgebühren für den nächsten Monat zu bezahlen, da Ihnen sonst erhöhte Gebühren für verspätete Bestellung angerechnet werden.

Aus Nah und Fern.

Beigeordnetenwahl.

Kampfertheim, 22. März. Bei der Beigeordnetenwahl entfielen auf den Zentrums-kandidaten Degen 1578 und auf den Kandidaten der Rechtsparteien Fischer 2320 Stimmen. Der Kommunist Kretschmar erhielt 1727 Stimmen. Zwischen Kretschmar und Fischer muß somit Stichwahl erfolgen.

Reckarmühlbach. (Richtigstellung der Wahlergebnisse.) In unserer Nummer 59 vom 14. März ist uns unter der Überschrift: „Wahlergebnisse aus unserem Verbreitungsgebiet“ ein Druckfehler unterlaufen. Bei Reckarmühlbach muß es heißen: Hindenburg wählten 23.

Wieder eine Spar- und Darlehenskasse in Konkurs.

Strümpfelbrunn, 21. März. Nachdem die in der Generalversammlung vom 20. September 1931 beschlossene Sanierung der Spar- und Darlehenskasse Strümpfelbrunn e. G. m. b. H., nach der die Mitglieder zusammen 7500 RM und die Vorstandschaft zusammen 7500 RM im ganzen also 15 000 RM zur Verlastung aufbringen sollten, auf Schwierigkeiten gestoßen ist, wurde in einer weiteren Generalversammlung nun die Auflösung der Genossenschaft und Anmeldung des Konkurses einstimmig beschlossen. Die Dubiosen sollen auf etwa 27 000 RM angewachsen sein.

Sonderzug zum Mutterstader Ostermarkt.

Ludwigshafen, 21. März. Die RW Ludwigsbafen stellt mit: Aus Anlaß des Ostermarktes in Mutterstadt verkehrt in der Nacht vom Ostermontag, den 28. auf Dienstag, den 29. März folgender Sonderzug: Mutterstadt ab 23.29 Uhr, Ludwigshafen (Rhein)-Bahnhofsp. ab 0.21 Uhr. Zug hält auf allen Untereisenbahnstationen und hat Anschluß an den 23.56 Uhr in Ludwigshafen-Mundenheim abfahrenden Personenzug nach Ludwigshafen (Rhein)-Hbf.

Mit dem unbeleuchteten Motorrad tödlich verunglückt.

Kaiserslautern, 21. März. In der gro-

ßen Kurve am Bahnheim ereignete sich am Sonntag abend ein tödlicher Verkehrsunfall. Der in den 40er Jahren stehende verheiratete Fuhrunternehmer Jakob Brand

Blanmäßige Ueberfälle auf Nationalsozialisten in Leimen

Die Polizei scheint machtlos

Nach einer der letzten Wahlversammlungen wurde ein SA-Mann auf dem Heimwege von dem, schon wegen Stecherei und Diebstahl vorbestraften Schuso-Jünger Georg Kahlbrunner überfallen und mit dem Gummiknüppel mißhandelt. Trotz Anzeige bei einem Polizeiwachmeister konnte man bis jetzt noch nicht hören oder sehen, daß von dieser Seite irgend etwas unternommen wurde. Der Gummiknüppel wurde am nächsten Tage an der Stelle des Ueberfalles gefunden. — Ein anderer Fall beleuchtet die Leimener Zustände noch besser: Einem SA-Mann, der wöchentl. mehrmals des Abends nach einem Nachbarort geben muß, wurde dabei schon verschiedene Male von politischen Gegnern aufgelauert. Auf eine Anzeige bei einem anderen Wachmeister wurde ihm entgegen, daß, wenn man ihm auf diesem Wege auslauere, „er eben aufgeräumt gehen solle“. — Am Freitag Abend erschienen dagegen in einer hiesigen Wirtschaft 3 Polizisten und ein Kriminalbeamter, weil „man ihnen gesagt habe, daß dort Leimener SA-Leute in Uniform wären“. Ein SA-Mann wurde nach Waffen durchsucht. Natürlich war alles in Ordnung. (Dagegen standen am Wahlsonntag Schuso-Leute in voller Uniform vor dem Rathaus, ohne daß irgend jemand sie auch nur rügte). Auf dem Heimwege wurden 4 SA-Leute vor dem „Rebstock“ mit Steinen beworfen. Auf einen Pfiff erschienen von beiden Seiten der Rodbacherstraße und den Querstraßen ungefähr 40 Schuso-Banden, die die Heimkehrenden in der Straße abriegelten und mit Gummiknüppeln und Eisenstangen über sie herfielen. Aus dem Fenster der Wohnung Kabay wurde mit schweren Steinen geworfen. 2 SA-

aus Kindsbach, der sich mit unbeleuchtetem Motorrad auf der Heimfahrt befand, stieß mit einem entgegenkommenden Auto zusammen. Er wurde in den Strangengraben geschleudert und erlitt derart schwere Verletzungen, daß er in der Nacht im Krankenhaus starb. Auch das Auto wurde schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Leute wurden verlegt. —

Gleich am nächsten Sonntag erlaubte sich die Schuso wieder einen Ueberfall. Der Leimener SA, die diesmal in Begleitung einiger auswärtiger Freunde heimkehrte, wurde an der Bahnhofstraße aufgelauert. Es entspann sich eine Schlägerei, wobei einige Nationalsozialisten verletzt wurden. Am „Rebstock“ wurde geschrien: „Wo ist denn der Petersen (gemeint war der Sturmführer), schlagt doch diesen Hund einmal tot!“ Ein herbeigerufener Ortspolizist nahm dem schon bezeichneten Georg Kahlbrunner einen Gummiknüppel ab. Zwei um 12 Uhr heimkehrende Personen wurden aus dem Hofe des „Rebstock“ von etwa 15 Personen mit Bierflaschen und Holzprügeln beworfen. Bezeichnend ist, daß diese Ueberfälle mitten im Dorfe stattfanden.

Wir fragen die vorgelesene Behörde: Wie stellt man sich zu diesen Zuständen in Leimen? (Wir können Ihnen noch mehr sagen!) Was gedenkt man gegen das geschilderte Untermenschentum zu tun?

Die Wettervorhersage

Mittwoch: bewölkt, im Süden und Westen strichweiser Niederschlag, dann Aufhellung, im wesentlichen mild.

Donnerstag: wolkig bis heiter, trocken, wärmer werdend.

Stabschefleitet Dr. W. Ostermann, Kreisamt für Jugendhilfe und Volksbildung, Dr. W. Ostermann; für Kulturpolitik, Verwaltung und Musik: Dr. W. Ostermann; für Gemeindefürsorge, Sozial- und Jugendamt: Dr. W. Ostermann; für Gesundheitswesen und Wohlfahrt: Dr. W. Ostermann; für Gesundheitswesen, Schul- und Sport: Dr. W. Ostermann; für Kulturpolitik, Verwaltung und Musik: Dr. W. Ostermann; für Gemeindefürsorge, Sozial- und Jugendamt: Dr. W. Ostermann; für Gesundheitswesen und Wohlfahrt: Dr. W. Ostermann; für Gesundheitswesen, Schul- und Sport: Dr. W. Ostermann.

Ein interessanter Prozeß

„Das deutsche Reich ist keine Judenrepublik“

darf festgestellt werden / Das Gericht erkennt aber auch unter Recht an, den übergroßen jüdischen Einfluß in Deutschland zu bekämpfen

Urteil

S. R. 199/31.

Strafsache gegen

den Maschinenschlosser Karl Odenwälder aus Ziegelhausen, wegen

Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz.

Auf die Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Schöffengerichts in Freiburg i. Brsg. vom 14. Oktober 1931 hat die große Strafkammer des Landgerichts in Freiburg i. Br. in der Sitzung vom 4. Februar 1932, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Räger als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Winter und Landgerichtsrat Hessel als beisitzende Richter,

Josef Schell, Bürgermeister in Rippenheim,

Wilhelm Eschenauer, Kreisamtmann in Freiburg,

als Schöffen,

Oberstaatsanwalt Fijer als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizassistent Batt als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle, für Recht erkannt:

Auf die Berufung des Angeklagten Karl Odenwälder aus Ziegelhausen wird das Urteil des Schöffengerichts Freiburg vom 14. Oktober 1931 aufgehoben.

Der Angeklagte wird freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Die Urteilsbegründung

Durch Urteil des Schöffengerichts Freiburg vom 14. X. 1931 wurde der Angeklagte wegen Vergehens gegen § 5 Ziffer 1 des Republiksschutzgesetzes anstelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von 1 Woche zu einer Geldstrafe von 35 RM. und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Verurteilung stützt sich auf die Feststellung, der Angeklagte habe am 12. Juli 1931 in Oberrotweil in der Wirtschaft „Zur guten Quelle“ in einer öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Oberrotweil der NSDAP. als Referent über die allgemeine Lage und auch über den Umsturz von 1918 gesprochen. Dabei habe er ausgeführt, daß nach dem Umsturz in Reich und Ländern zahlreiche Juden Ministerposten bekleidet hätten, und beigefügt: „Es hat also doch eine gewisse Verwandtschaft mit einer Judenrepublik, aber sagen Sie das nicht!“

Der Angeklagte legte form- und fristgerecht Berufung ein und beantragte seine Freisprechung. Er leugnete, wie in I. Instanz, die ihm zur Last gelegten Worte gebraucht zu haben, und behauptete, er habe nur gesagt, man dürfe aus seinen Ausführungen nicht den Schluß ziehen, daß wir in einer Judenrepublik leben. Er bestritt, bei diesen Worten die Absicht einer Beleidigung der Republik gehabt zu haben.

Der heute wiederholt vernommene Zeuge Polizeiaffistent Rauer bestätigte mit Bestimmtheit den vom Schöffengericht festgestellten Wortlaut der Äußerung des Angeklagten, gab es aber als möglich zu, daß der Angeklagte auch die von ihm behaupteten Worte noch beigefügt hat. Weiter führte er an, der Angeklagte habe bei Besprechung des Aufrufs des Rates der Volksbeauftragten vom 9. XI. 1918, worin gesagt ist: „Das deutsche Reich ist eine Republik“ die Bemerkung gemacht: „aber keine Judenrepublik“. Im allgemeinen hatte der Zeuge den Eindruck, daß der Angeklagte gemäßig, ruhig und sachlich gesprochen hat, und daß seine Äußerungen nicht als Beschimpfung oder Verächtlichmachung der gegenwärtigen Staatsform empfunden worden sind.

Der Zeuge Wirt Karcher, ein Zuhörer in der fraglichen Versammlung, konnte sich an die einzelnen Äußerungen des Angeklagten nicht erinnern und nur soviel an-

geben, daß ihm in der Ansprache des Angeklagten keine als Beschimpfung oder Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform aufzufassende Redewendung aufgefallen ist.

Die Strafkammer schließt sich, was den Wortlaut der Äußerungen anlangt, auf Grund der glaubwürdigen Aussagen des Zeugen Rauer den tatsächlichen Feststellungen des Schöffengerichts an.

In rechtlicher Beziehung wurde Folgendes erwogen:

Der äußere Tatbestand des § 5 Ziffer 1 des Republ.Sch.G. erfordert bei einer öffentlich oder in einer Versammlung gebrauchten Äußerung:

- 1. daß die Äußerung die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes betrifft,
2. daß die Äußerung eine Beschimpfung oder böswillig und mit Ueberlegung verübte Verächtlichmachung dieser Staatsform enthält.

Als Beschimpfung ist jede nach Form oder Inhalt besonders verletzende rohe Äußerung anzusehen, wobei außer dem Wortlaut auch der Zweck der Äußerung und ihre Begleitumstände, insbesondere der Begehungsort, zu prüfen sind. (R.G. in L.J. 1928 S. 345/6.)

Zu 1 hat die Beweisaufnahme ergeben, daß der Angeklagte sich in den Ausführungen, welche der fraglichen Äußerung vorausgingen, mit der republikanischen Staatsform als solcher überhaupt nicht beschäftigt, sondern nur die Ursachen des Niedergangs des deutschen Reiches seit 1918 besprochen hat, wobei er als Hauptursachen den Marxismus in Verbindung mit dem internationalen Kapitalismus, sowie das Ueberwiegen des jüdischen Elements in der Besetzung der oberen Regierungsstellen in Reich und Ländern bezeichnete und auch Beispiele dafür anführte. Wenn er daraus den Schluß gezogen hat, es habe also doch eine gewisse Verwandtschaft mit einer Judenrepublik, so hat er damit nach Ansicht des Gerichtes nicht zum Ausdruck gebracht, daß die Zunahme des jüdischen Einflusses ihre Wurzel in der gegenwärtigen Staatsform habe, d. h., daß sie aus der republikanischen Staatsform, wie sie sich tatsächlich gestaltet hat und befestigt,

hervorgegangen sei (R.O. Str. 65 S. 188), sondern er hat nur sein Mißfallen darüber ausgesprochen, daß in der Republik tatsächlich eine unerwünschte Entwicklung der Machtverhältnisse im Sinne des Ueberhandnehmens des Judentums eingetreten sei. Er hat also nicht die Republik für die Zunahme des jüdischen Einflusses verantwortlich gemacht, sondern nur in Verbindung mit seinen Ausführungen über den Marxismus und den internationalen Kapitalismus die Juden in der Republik angegriffen und dem Sinne nach behauptet, der tatsächliche Zustand in Reich und in den Ländern nach 1918 ent-

... von einer „Judenrepublik“ nicht mehr weit entfernt“

Zu 2 ist zuzugeben, daß der Ausdruck „Judenrepublik“, schlechthin gebraucht, als Beschimpfung der gegenwärtigen Staatsform aufgefaßt werden kann, weil nach den Anschauungen der NSDAP. in dem Wort „Jude“ alles das zusammengefaßt ist, was man an verächtlichen Eigenschaften und Eigentümlichkeiten den Juden glaubt vorwerfen zu können, und weil so durch die Zusammenstellung mit dem Wort „Republik“ ein Schimpfwort entsteht, welches die Verachtung der deutschen Republik wegen dieser ihrer Staatsform zum Ausdruck bringt und in der Regel auch so empfunden wird (R.O. Str. 65 S. 4 ff.).

Im vorliegenden Falle hat aber der Angeklagte, wie schon gesagt, den Gebrauch des Wortes „Judenrepublik“ nicht gebilligt, sondern nur dargelegt, daß man angesichts des Umfangs des Judentums in der Republik von einer „Judenrepublik“ nicht mehr weit entfernt sei, daß also doch an dem Wort etwas Wahres sei. Er hat also nur auf dieses Wort Bezug genommen, um seine vorausgegangenen kritischen Ausführungen über den Umfang des Judentums im Staate zu verdeutlichen. In diesem Zusammenhang erscheint das Wort nur als Bestandteil einer erlaubten sachlichen Kritik, und das Verleßende, was sonst nach Form und Inhalt darin liegt, ist so abgeschwächt, daß von einer Beschimpfung in dem oben angegebenen Sinne nicht mehr gesprochen werden kann.

Der innere Tatbestand des § 5 Ziffer 1 Republ.Sch.G. erfordert Vorsatz, also zwar nicht die Absicht der Beschimpfung, aber

ipso facto, was man mit dem verpönten Wort „Judenrepublik“ bezeichnet.

In gleicher Richtung bewegt sich auch die weitere Äußerung des Angeklagten: „Wir haben eine Republik, aber keine Judenrepublik“. Damit lehnte er ebenfalls nicht die Republik als Staatsform, sondern nur das in ihr an leitenden Stellen übermäßig stark vertretene Judentum ab, ohne es in ursächlichen Zusammenhang mit der Staatsform zu bringen. Seine Äußerung hatte etwa den Sinn: „die Republik lassen wir gelten, aber die Juden müssen hinaus“.

Der weitere Zusatz zu der ersterwähnten Äußerung: „Aber sagen Sie das nicht!“ sollte nach Ansicht des Gerichtes die Zuhörer im Hinblick auf die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung davor warnen, sich in Beziehung auf die gegenwärtige Staatsform des Reiches „Judenrepublik“ zu bedienen, ohne daß der Angeklagte seine Auffassung von der sachlichen Berechtigung dieser Bezeichnung aufgab.

doch mindestens das Bewußtsein von dem beschimpfenden Charakter der Äußerung und das Einverständnis mit der Möglichkeit, daß sie vom Hörer als Beschimpfung der gegenwärtigen Staatsform verstanden werden könnte (R.O. Str. S. 65, S. 192).

Nachdem oben dargelegt ist, daß nach Ansicht des Gerichtes eine Beschimpfung nicht vorliegt, ist dem Angeklagten zu glauben, daß er sich des beschimpfenden Charakters seiner Äußerungen nicht bewußt war und auch nicht mit der Möglichkeit rechnete, daß sie von den Zuhörern als Beschimpfung der gegenwärtigen Staatsform aufgefaßt würden. Daß die Äußerungen tatsächlich nicht so aufgefaßt worden sind, ergibt sich aus der Aussage des Zeugen Rauer und aus dem von ihm über die Wirkung der Äußerungen gewonnenen Eindruck.

Was in Obigem über die Frage der Beschimpfung ausgeführt ist, gilt in gleicher Weise auch für die Frage nach dem Vorliegen einer böswillig und mit Ueberlegung ausgeprochenen Verächtlichmachung der gegenwärtigen Staatsform.

Aus allen diesen Gründen ist weder der äußere, noch der innere Tatbestand des § 5 Ziffer 1 Republ.Sch.G. erwiesen. Der Angeklagte war daher unter Aufhebung des angefochtenen Urteils freizusprechen.

Wegen der Kosten vgl. § 464 ff. StPD.
gez. Räger Hessel Winter
Ausgefertigt:
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle:
Unterschrift.

So macht's der Jude! Merkt's Euch Bauern!

Von einem Bauern bekamen wir dieser Tage folgenden Brief, dessen Inhalt wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Bauer schreibt uns:

Ich war am 26. Februar 1932 in der Gegend von Mergentheim mit dem Verladen von Äpfeln beschäftigt und kam dabei auch in das Dorf Edesingen, in welchem viele Juden wohnen.

Der Jude Bamberger erbot sich, mir den Zentner Äpfel für 7 Mark zu liefern. Er führte mich zu einem kleinen Landwirt und stellte mich als Beamten vom Wohlfahrtsamt (!!! Schriftl.) vor, welcher für die Arbeitslosen Äpfel kaufte. Der Jude Bamberger bot dem Bauer 3,50 Mark für den Zentner Äpfel und wollte dabei ohne einen Finger krumm zu machen soviel verdienen, als der Landwirt dafür haben sollte. Darüber war ich so erbost, daß ich den Juden zum Teufel jahte und dem Bauer den richtigen Preis nämlich 5 Mark bezahlte. Der Jude wurde frech, sodas er vom Hof gelagt werden mußte. Mir wurde erzählt, daß sich diese Drahtzieher von Edesingen die Not der Landwirte derart zunutze machten, daß sie sich für 100 Mark geliehenes Geld bis 250 Mark zurückzahlen ließen. Ich möchte darauf hinweisen, daß diesem ... (Ausdruck nicht wiederzugeben. Schriftl.) der Tiefstand der Landwirtschaft zuzufolge kommt, sodas er dem Landwirt für seine Produkte nur ein Paar Mark gibt, aber selbst das Doppelte nimmt. Nur der Jude bringt es fertig, dem Landwirt für den Zentner Obst 3,50 Mark zu geben

und 3,50 Mark Provision einzustechen, das bringt ein Christ nicht fertig. Für wahrheitsgetreuen Bericht in dieser Sache bürgt mein Chauffeur M. W. und noch ein Mann.

R. S.

Hemsbach.
Was uns der biedere Bauer von Hemsbach in seiner ungelenten Art hier mitteilt, finden wir immer und immer wieder bestätigt. Vergeht es nicht, diese Leute wählten Hindenburg. Willst Du, daß es so bleibt, dann wähle auch Du ihn, willst Du es aber nicht, dann wähle Du den Mann, der mit Wucherern und Schiebern gründlich aufzuräumen wird:
Adolf Hitler!

Pg. Pfarrer Sauerhöfer in Steinsfurt

In Steinsfurt fand am vergangenen Freitag unter der Leitung von Ortsgruppenführer Wälder eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Der Redner, Pg. Pfarrer Sauerhöfer, Gesamtangestellter, sprach über die Reichspräsidentenwahl und schilderte vor allem die vergebende Arbeit des Marxismus und der Parteien, die hinter Hindenburg stehen. Ein Sozialdemokrat meldete sich zur Diskussion, wurde aber glänzend abgefertigt. Der Erfolg zeigte sich am 13. März, wo wir unsere Stimmenzahl bedeutend erhöhen konnten. Wir kämpfen weiter!

Stadt Mannheim.

Mannheim, den 23. März 1932.

Deutsche Rundfunkhörer!

Mit Jörn und Empörung haben wir die von der Parteihandhabung Hindenburg aufgenommene einseitige Benützung des Rundfunks hingenommen. Unser Führer mußte Log und Nacht Übermenschenstillsitzen, um vor 50.000 Personen sprechen zu können. Der Gegenstand und sein Reichskanzler dagegen machten sich leicht. Sie benutzten in aller „Ritterlichkeit“ den „parteilich neutralen“ Rundfunk und ließen ihre Grammophonplatten zu wiederholtem Male auf „Allgemeinen Wunsch“ vor 4.000.000 geduldigen Hörern ablaufen. Das muß anders werden!

Der Reichsverband deutscher Rundfunkhörer, Verbandgruppe Nationalsozialisten wird Abhilfe schaffen! Im ganzen Reich steht bereits die Organisation. Der Bezirk Mannheim darf nicht zurückbleiben! Treten Sie der Organisation sofort bei. Die Ortsgruppen- und Sektionsfunkwart werden Ihre Arbeit demnächst aufnehmen. Geben Sie aber jetzt schon Ihre Adresse in der Geschäftsstelle der NSDFV D 5/4 in Mannheim bekannt. Jeder Tag ist kostbar!

Der Beitrag ist 0,50 RM im Vierteljahr, die Antragsgebühr 1.— RM. Die Monatszeitschrift „Deutsch der Rundfunk“ wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt. Alles Nähere jeden Samstag zwischen 5 und 7 Uhr in der Geschäftsstelle beim Bezirksfunkwart. Dort werden die Mitglieder auch technisch betreut.

Erkrankungen im Rationaltheater.

Infolge Erkrankung zahlreicher Mitglieder des Personal war in der vergangenen Woche in einer Reihe von Fällen die Abänderung der Vorstellung nach am Aufführungstage notwendig. Im ganzen lagen 7 Krankmeldungen des beschäftigten Sologopersonals und 15 des Chorpersonals vor. Die Theaterleitung hat sich auch an diesen Tagen bemüht, die ausfallenden Kräfte durch Gäste zu ersetzen, und die angelegten Vorstellungen, wenn irgend möglich, zu halten. Aber auch die benachbarten Bühnen waren durch Krankheitsfälle vermindert. Ersatzkräfte zu stellen. So war am Sonntag zu „Tristan und Isolde“ für die eine ausfallende Kraft bereits Ersatz verpflichtet, während nach einer zweiten Krankmeldung ein Vertreter dieser Hauptpartie trotz vielfachen Bemühungen nicht zu bekommen war.

Die Kunsthalle ist am Karfreitag, Osterfesttag nachmittags und Ostermontag geschlossen. Am Ostermontag sind die Besuchzeiten von 11 bis 11.30 Uhr und von 15 bis 17 Uhr. Der Besuchs des kunstwissenschaftlichen Instituts bleibt geschlossen.

Städtisches Schlossmuseum Mannheim. Die derzeitige Sonderausstellung des Schlossmuseums „Die Presse in Bildern aus vier Jahrhunderten“ wird am Osterfest geschlossen. Am Palmsonntag, den 20. März ist der Eintrittspreis auf 20 Pfg. ermäßigt.

Im Pfalzbau Ludwigsbasen wird am Mittwoch und Donnerstag Goethes „Iphigenie auf Tauris“ gegeben. Die Wiederaufnahme des „Fidello“ am Samstag steht unter musikalischer Leitung von Joseph Rosenstock und unter Regie von Dr. Richard Hein.

Fahrenkrog in Mannheim

Wenn der französische Jude Grumbach zu einer Deutschenbegegnung unseren vaterländischen Boden betritt, wenn irgend ein Zigeunerprimus in Berlin einzieht und mit Schlaraffenbergen Horzogsmäntel mit Hermelinpelzen an eille Genossen verteilt, dann rauschen die Lobeshymnen durch den jüdischen Wälderwald.

Wenn Liebermänner, wie Kokoscha usw. ihre pathologischen, kulturzerstörenden Erzeugnisse im Mannheimer Kunsttempel ausstellen, dann muß die Orgel mit einem Präludium aufwarten.

Wenn aber Deutschlands beste Söhne und seine größten Meister den Boden der Stadt betreten, dann herrscht Schweigen. Kein Willkommenstrahl der Stadtverwaltung. Und das ist gut so. Wir wären tief unglücklich, wählten wir, daß Vertreter des Kulturbolschewismus die Hand eines unserer besten Dichter und ihn dem Leichengeruch einer sterbenden Welt aussetzten.

Als die nahende Ankunft des Meisters bekannt wurde, begab sich ein Vertreter unserer Kulturabteilung an den Bahnhof, um ihn zu begrüßen und in unserer Stadt willkommen zu heißen. Wegen der Kürze der Zeit gelang es nur, einen kleinen Kreis kulturbegeisterter Parteigenossen aus Mannheim und Heidelberg zusammenzukommen.

Wir hingen am Munde dieses Mannes, der

Scheinersparnisse, die das Bildungswesen verschlechtern!

Von sachmännlicher Seite wird uns geschrieben:

Die vom Stadtrat entgegen dem mehrfachen Protest der höheren Lehranstalten beschlossene Zusammenlegung von Teilen der Bächer in dieser Lehranstalten mit der Schulbibliothek, gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß. Was heute bei den auf nahezu ein Viertel herabgedrückten Budgets der Lehrerbüchereien überhaupt noch angeschafft werden kann, das sind ausschließlich Werke, die als Handbücher dem täglich aus etwa drei verschiedenen Wissenschaften unterrichtenden Fachlehrer für kurze Zeit aber rasch und vollständig greifbar sein müssen. Wenn solche Bücher erst in einer entfernt liegenden Bibliothek bestellt und abgeholt werden müssen, wobei immer damit zu rechnen ist, daß sie gerade von einer der sieben anderen Anstalten entlehnt sind, so ist dem Lehrer überhaupt ein Disponieren über seine Arbeitsmittel und damit die planmäßige Verteilung seines Lehrgangs innerhalb der einzelnen Jahresschnitte nicht mehr möglich. Da aber die Knappheit der Unterrichtszeit einen strengen Maßstab des Lehrgangs verlangt, so würde in der Praxis die Folge die sein, daß die Lehrer zum größten Teil ohne die den Unterricht vertiefenden und belebenden Hilfswerke auszukommen suchen müßten, was eine unerträgliche Entwertung des Unterrichts bedeutet. Die Anschaffung solcher Werke nur durch eine Zentralbibliothek, wo sie dem Unterricht doch nicht nützen können, wäre dann eine nicht zu rechtfertigende Verschwendung. Sehr große, seltener gebrauchte wissenschaftliche Werke aber, die allein für die Verwaltung durch eine Zentralbibliothek in Betracht kommen, können bei den so stark vergrößerten Budgets in absehbarer Zeit überhaupt nicht angeschafft werden.

Es bliebe also die Frage, ob etwas dabei gespart wird, wenn aus den alten Beständen der Anstaltsbüchereien ein Teil an die Schulbibliothek abgeführt werden könnte. Eine Durchführung der Anstaltsbüchereien ergibt nun ohne weiteres, daß dafür nur etwa ein Zehntel jeder Anstaltsbücherei in Betracht kommt, für alle Anstalten zusammen etwa 2500 Bücher. Alle anderen Bücher müssen als Handbibliothek bei den einzelnen Anstalten greifbar bleiben. Diese 2500 Bücher werden z. B. für die Stadt kostenlos von den Lehrern der Anstalten mitverwaltet. Kommen sie aber in die Schulbibliothek, so müssen für sie neue Räume und Regale beschafft werden. Die Katalogisierung und Verwaltung erfordert neue Arbeitskräfte, die die Stadt bezahlen muß.

Es ergibt sich also: Die Sammlung der etwa 2500 Bücher aus alten Beständen bei der Schulbibliothek macht der Stadt nur neue Kosten. Auch bei zukünftigen Neuanstellungen wird nichts dadurch erspart, da wie oben

ausgeführt, überhaupt noch neu anzuschaffende Bücher, weil sie wichtige Teile der Handbücherei werden, ja doch nicht in die Zentralverwaltung der Schulbibliothek gelangen können.

Wir reichen darum die Frage an die Stadtverwaltung, wie diese schwere Gefährdung der wissenschaftlichen Grundlage des Fachunterrichts bei den höheren Lehranstalten durch Ueberorganisation von einer Stadt geplant werden kann, die früher mit Stolz sich eine Schulstadt nennen konnte.

Anmerkung der Schriftleitung: Was wird die Stadtverwaltung antworten? Wird sie überhaupt antworten oder wird sie es mit der Ausfertigung des Herrn J. halten, der meinte, „was die Presse sagt, ist uns wichtig!“ Wir protestieren von vornherein gegen diese Mißachtung der öffentlichen Meinung, insbesondere in einer demokratischen Republik. Während andere, sicher auch demokratische Städte, wie

z. B. Frankfurt a. M., ihrer Büchereien immer denkbare machen, labortiert die lebendige Stadt Mannheim die Benützung unter dem Diktandum der „Sparsamkeit“. Wir wissen, daß der Plan der Zentralisierung schon alt ist, aber bis jetzt an dem Widerspruch der Fachverständigen Stellen, des Lehrkörpers auch der Volksschulen, gescheitert ist. Sollten da gar persönliche, allzu persönliche Gründe mitsprechen, Herr Direktor Fränger?

Wir fragen:
Was wird gespart, was kostet die geplante Neuerung?
Denn: Werden keine neuen Hilfskräfte benötigt, dann wären die bisherigen nicht vollbeschäftigt, also z. T. unnütz, werden aber neue eingestellt, was wird gespart?
Wir bitten im Interesse einer sauberen Verwaltung der öffentlichen Gütter dringend um Aufklärung — mit Zahlenbelegen!

Eine „politische Großtat“ des Seidenheimer „NMB“-Schmierers

Der „Mitarbeiter“ des „Neuen Mannheimer Volksblatt“ in Seidenheim — bekanntlich das Sprachrohr des allchristlichen Zentrums — mußte natürlich zu dem „großen Erfolg“, den die Hindenburgparteien am 13. März in Seidenheim erringen haben, auch die Feder zu einer kleinen „Wahlbetäubung“ erheben. Zunächst müßten wir allerdings feststellen, daß der „Erfolg“ darin bestand, daß wir Nationalsozialisten um 67 Prozent zugenommen, während die Hindenburgparteien gegen die Reichstagswahl 1930 um 29 Prozent (neunundwanzig) abgenommen haben. Das ist auch des Pudels Kern: Weil wir einzeln und allein die wahren Sieger in Seidenheim waren, gabt der „schwarze Mann“ die Niederlage der Hindenburgfront am besten dadurch zu verdecken, daß er die Seidenheimer Bauern ob ihrer freudigen Zustimmung erwarnt. Doch lassen wir den sonderbaren „Mitarbeiter“ selbst reden. Er schreibt in Nr. 74 des „NMB“ vom 15. März u. a.:

„1201 Stimmen für Hitler lassen erkennen, daß man auch hier sein Heil in bestimmten Kreisen, das ist wohl der große Teil der Bauernschaft, vom dritten Reich erwartet. Die steuerlichen Verhältnisse, die ihnen das verhasste System bis jetzt eingebracht hat, genügen anscheinend noch nicht. Nun, die Zeit beehrt vielmals auch die Herrschaften, daß das, was nachkommt, nicht besser sein

wird und die letzten Dinge auch in dem Fall nicht besser sind als die ersten.“

Herr, verzeh ihnen, daß sie wissen nicht, was sie tun! Da schloß doch einer lang hin „Steuerliche Verhältnisse!“ Sind das vielleicht die steuerlichen Verhältnisse, die man dem verurteilten hochkapitalistischen Joazeff-Konzern Wschari-Remisima hat zukommen lassen, gemeint? Während diese Jüden praffen und im Fett schwimmen, geht der Bauer durch die ungeheuerlichen Steuererschwerden zugrunde und im Fett schwimmen, geht der Bauer durch die ungeheuerlichen Steuererschwerden zugrunde und kann kaum noch das Notnötige für seinen Lebensunterhalt aufbringen. Seinen letzten Sparatzen hat man schon längst weggenommen, seinen Hof hat man gepfändet und zwangsversteigert und da kommt einer aus der schwarzen Meute, ausgerechnet einer von denjenigen, die an der heftigen katastrophalen Lage einen großen Teil von Schuld haben und redet von steuerlichen Verhältnissen, die man den Bauern einverleibt hat! Das ist der Gipfel der Gemeinheit und Menschheit!

Nicht 1201 sondern 1257 echt deutsche Bauern haben in Seidenheim am 13. 3. für Hitler gestimmt und erwarten ihr Heil vom dritten Reich, Herr „NMB“-„Mitarbeiter“! Und noch mehr werden am 10. April anderer Beweismaterialien folgen, worauf Sie sich verlassen können! Nicht lange mehr und die gesamte Bauernschaft hat sich die händlerische Maske vom Gesicht gerissen!

Polizei-Bericht

vom 22. März 1932.

Freiwilliger Tod: Ein 35 Jahre alter verheirateter Invalide, der gestern in seiner Wohnung giftige Tabletten eingenommen hatte, wurde in des städtische Krankenhaus eingeliefert, woselbst er alsbald starb. Familienverhältnisse und mitleidige Verhältnisse dürfen die Ursache der Tat sein.

Rasenbrand: Um 14.30 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr nach der Unteren Riedstraße alarmiert. Dort war vermutlich durch Fahrenkrog einer Lokomotive ein Rasenbrand entstanden. Die Gefahr wurde beseitigt.

Kaminbrand: Um 18.51 Uhr wurde die Be-

rufsfeuerwehr durch Feuermelder nach Kirchplatz 5 alarmiert. Dort war ein Kaminbrand ausgebrochen. Die Gefahr wurde beseitigt.

Der Schultausen brennt. Um 19.17 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr nach der Hochuferstraße gerufen. Dort war in einer Kessgrube vermutlich durch Wegwerfen eines noch brennenden Gegenstandes ein Schultausen in Brand geraten. Die Gefahr wurde beseitigt.

Tagesskalender:

Mittwoch, den 23. März 1932.

Rationaltheater: „Hoffmanns Erzählungen“, Oper von J. Offenbach — Riete D — Mittlere Preise — 20 Uhr.

Planetarium im Luisenpark: 15 und 16 Besichtigungen.
Volksbühnen Apoll: Casspiel des Komikers Heinz Reint mit Ensembles: „Ein kräftiger Junge angekommen.“ 20.15 Uhr.

Parole-Ausgabe.

Nachstellung. Mittwoch, den 23. März 1932: Ektion Friedrichspark: Mitglieder-Versammlung im Löwenbräu (Brauhaus) D 6, 12.

Ortsgruppe Seidenheim. Mittwoch, den 23. März, 8.20 Uhr im „Reichsdr.“ Mitglieder-Versammlung. Erscheinen Pflicht. Opferkarten mitbringen.

in seltener Tiefe von der Not der deutschen Seele sprach aber auch den Weg deutlich zeigte, der sie wieder aufwärts führt. Er sprach von der wahren Kunst als von der gewaltigen Machtposition, die bisher nur der bilderge Jude erkannte. Er gab fassbare, selbstlebte Beweise für die verheerenden Wirkungen des Kulturbolschewismus. Er erzählte aber auch mit feinem Humor, wie es ihm gelang, seine eigene hinteres Licht zu führen, die ihm den Himmel versprochen, wenn er sich selbst antren würde. Es dürfte noch darauf zurückgekommen werden.

Der rüstige, unverwundliche Vierundsechzigjährige, der in seinem Leben nie aufgehört hatte, Kämpfer für die deutsche Seele zu sein, zeigte sich außerordentlich erheitert über die Fortschritte der deutschen Freiheitsbewegung — Fahrenkrog ist Mitglied des nordischen Ringes, der unserer Bewegung pedantische Führer (Konopah, Darre, Günther usw.) schenkte — und drückte aus allen mit seltener Wärme die Hand.

Obblendel von der inneren Größe dieses Menschen, die plastisch hervortrat durch seine menschliche Einfachheit, hatten wir alle nur einen Wunsch:

Fahrenkrog, möge auch Deine Stunde kommen, wo die jüdische Verarmungswolke am Dich aufgehört hat und Deine stolgeschweigenden gewaltigen Werke der Materie, der Philosophie und Dichtung Gemeingut Deines Volkes werden!

Bei seinem Abschied stellt F. in Aussicht, in Mannheim in absehbarer Zeit einen Vortrag zu halten und hielt uns an zu empfangen Arbeit an der Befreiung der deutschen Seele: Und nun wohl, das Eisen glüht.
Den Hammergriff umspannt:
Nun wird bei lauchendem Lebenslied
Das Chaos übermann.
Nun wird bei glühendem Hergenschlag,
Bei Roder und gleisendem Brand,
Dem stolchen Eisen ins ehernen Mark
Ein freier Wille gebrannt!
(Fahrenkrog). o. W.

KINO.

Universum, „I 27“. Noch ein Spionagefilm! Der österreichische Generalstab holt sich eine Dine von der Straße und stellt sie als Spionin I 27 in ihre Geheimnisse ein. Sie soll einem russischen Agenten, der sich als österreichischer Flieger verkleidet, in Wien anbieten, entlarven. Als sie in Wien selbst nicht ihr Ziel erreicht, folgt sie ihm in das russische Hauptquartier. Hatte sich dort der russische Offizier nicht in die Spionin verliebt, dann hätte sie das Schicksal fast aller Spioninnen dort schon erreicht. Aber im letzten Augenblick kann sie noch fliehen unter Mitnahme russischer Offizierspläne. Die Oesterreicher erringen einen riesigen Sieg und machen viele Gefangene. — Unter diesen befindet sich auch der Spionoffizier. Die Spionin I 27 wird nun beauf-

tragt, ihn zu verhören. Sie läßt ihn aber entkommen und wird nun selbst erschossen — alles aus „Liebe“! Soweit der Inhalt. — Dieser Stoff ist ganz auf das Filmische gestellt. In der Gestaltung und Szenenführung nur beeinflusst und geleitet von den oft erprobten Gelehrten der Publikumsführung. Wenn man will, eine Variation über ein oft behandeltes Thema. Eine neue Umdeutung des Dinenproblems. Die Aufgabe, die die Darstellerin der Spionin I 27 zu erfüllen hat, ist für Marlene Dietrich leicht. Sie muß kokett, leichtsinnig, triebhaft sein, um in gegebenen Augenblick sich dieser Waffen zu bedienen. In den Kriminalfilmen gehört jene Szene, in der ein Spion von den Reizen einer Frau bezwungen wird, zum eiserernen Bestand. Trotz der schauspielerisch feinen Leistung der Dietrich können wir dem Streifen nicht jene rückhaltlose Anerkennung zollen, die wir dem Film „Unter falscher Flagge“ spendeten. Es sind einige Tendenzen verwirklicht, die abstoßen. Das ausgerechnet die Dine die Witwe eines gefallenen österreichischen Offiziers sein muß, ist doch mehr als merkwürdig. Auch der Ausgang ist in beiden Filmen ein grundverschiedener; in jenem: alles fürs Vaterland, in diesem: alles für die Sinnlichkeit! — Im Weltprogramm steht man einen ausgezeichneten Streifen aus dem Leben Goethes und die obligatorische Wochenchau. Dazwischen läßt sich ein Taufendkünstler vornehmen, man könnte ihn das „lebende Orchester“ nennen. Gm.



Präsident
zung und
des Jahres
Minister
Regierung
sie die
schon zum
Deutsch
Dr. C
lor der
für die
Der V
Verhältnis
Wähler
men einer
betrogen b
Reichsmar
um im
1891
zu fallen.
Das Er
triebe das
die Dekun
als die H
1901,32 R
schaffen we
Im An
Geschäftsf
rel. Berlin.

Deutsche
den, sche
ländische
Englan
Schweiz bl
fen, worau
tische Jwan
Das Ve
müßte, als
das Vordri
handelspolit
zeugung, G
deutsche Re
Die deut
Monaten f
soniel Deut
landszinfin
Man m
Einsubkonk
ohne weite
Handelsort
Die De
folgt. De
ten der vo
folgen. Vel
lehler Linie
In abseh
Verbraucher
zu der Uebe
ßellen in ih
Als er
Lambert S
Bauernverei
Er schloß
Zollpolitik
Anfänge“,
im Inland
Zentrums-S
eine Ansicht

Olub &

Vadje
In der
della“ am
Hans K
auf Anstelt
terlich war
von großem
bildet, in de
der Tiefe.
Sinnlichkeit
auf der Wä
licher Jurid
Rahmen der
Stimmcharak
eines Helden
Partie des
daher anjunc
erleben ist.
die Verwend
sen zu könne
in einer gro
ren. Wir h
daß ein ein
wert erchein
bekanntem T
Sphlich eintre

Klavierabend
Im Karl
die jugendlich
aus Mannh
sch eines g
Unter dem k
Julia Hoffm
Platz ein und

Die Landwirtschaftskammer tagt

Entschliessungen, für deren Verwirklichung in einem nationalsozialistischen Staat gesorgt würde, beim Hindenburg-Brüning-System bleiben sie bestehen

Präsident Graf Douglas eröffnete die Sitzung und widmete den verstorbenen Mitgliedern des Jahres warme Gedächtnisworte.

Ministerialrat Dr. Klotz als Vertreter der Regierung hielt zunächst eine schöne Rede, wie sie die Landwirtschaft von amtlichen Stellen schon zum Ueberdruß hörte, womit ihr aber kein Wert genügt wurde.

Dr. Engelsberg, der geschäftsführende Direktor der Kammer, erstattete den Geschäftsbericht für die letzten zwölf Monate.

Der Bericht zeigt, wie katastrophal sich die Verhältnisse der Landwirtschaft entwickelt haben. Während 1928/29 das Durchschnittseinkommen einer Bauernfamilie noch 4373,55 RM betragen hatte, ging dieses 1929/30 auf 3558,60 Reichsmark zurück.

Im Kollerordnungsjahr 1930/31 auf 1891,27 RM, Einkommen jährlich zu fallen.

Das Ergebnis ist, daß im Mittel aller Betriebe das Einkommen nur zu 47 Prozent für die Deckung der Ausgaben ausreichte. Mehr als die Hälfte der Ausgaben, im Durchschnitt 1901,32 RM, mußte aus dem Vermögen zugezogen werden.

Im Anschluß daran hielt Dr. A. Schindler, Geschäftsführer beim Deutschen Landwirtschaftsrat, Berlin, einen Vortrag über das Thema: Handelspolitik.

Deutschland müsse Binnenwirtschaft betreiben, schon als zwangsläufige Folge des ausländischen Drucks.

England, Frankreich, Italien und die Schweiz hätten sich bereits weitgehend abgeschlossen, woraus für Deutschland eine handelspolitische Zwangslage entstanden sei.

Das Verbot der Einfuhr französischer Gemüses, als pflanzenpolizeiliche Maßnahme gegen das Vordringen des Kartoffelkäfers bringe auch handelspolitische Vorteile für die deutsche Erzeugung. Es müsse verlangt werden, daß die deutsche Regierung hier fest bleibe.

Die deutsche Handelsbilanz sei in den letzten Monaten so abgefaßt, daß sie nicht einmal mehr soviel Devisenüberschüsse abwerfe, um die Auslandszinsen zu bezahlen.

Man müsse in Deutschland eine planmäßige Einfuhrkontingentierung durchführen. Dies sei ohne weiteres möglich, ohne die bestehenden Handelsverträge zu durchbrechen.

Die Devisenkontingentierung allein habe verjagt. Die Einfuhr müsse nach den Gesichtspunkten der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit erfolgen. Ueberflüssige Luxusartikel hätten erst in letzter Linie Berücksichtigung zu finden.

In absehbarer Zeit werde es soweit sein, daß Verbraucherschutz und Erzeugerschutz gemeinsam zu der Ueberzeugung kommen, daß die Opfer an Zellen in ihrem eigenen Interesse gelegen seien.

Als erster Diskussionsredner sprach Herr Lambert Schill der Präsident des schwarzen Bauernvereins. Er schloß den Vogel ab, als er sagte, „die Zollpolitik wirke sich aus zum Wahnstarr der Autarkie“. — Autarkie heißt Bedarfsdeckung im Inland (Binnenwirtschaft). Dies bezeichnet Zentrum-Schill demnach als „Wahnstarr“. Auch eine Ansicht für einen „Bauernvertreter“.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

„Der Gang der Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich hat ebenso wie die Stellungnahme anderer Länder, insbesondere der Schweiz und Holland, gezeigt, daß die Zeit der Weisbegünstigung im Handelsverkehr der Völker vorüber ist. Die Badische Landwirtschaftskammer begrüßt daher, daß die Führer der Grünen Front an die Reichsregierung mit einem Plan herantreten sind, der einen Umbau der deutschen Außenhandelspolitik vorsieht und der ein System von Einfuhrkontingenten zur Grundlage hat.“

Die Badische Landwirtschaftskammer bittet die Badische Regierung bei der Reichsregierung diese Pläne der Grünen Front zu unterstützen.“

Dr. Schwörer, der Direktor des schwarzen Bauernvereins mußte eingestehen, daß in den badischen Bauernfamilien eine Not herrsche, wie sie seit dem Hungerjahr 1893 nicht mehr gewesen sei.

Daß daran die Regierungskunst seiner Zentrumsgenossen schuldig ist, sagte er nicht.

Ferner betonte Dr. Schwörer die volks- und privatschaftliche Bedeutung der Kinderkontrollvereine, deren Vorherrscher er ist, ohne dazu von den Vereinen berufen worden zu sein. Er empfahl eine Entschliessung:

„Die Badische Landwirtschaftskammer richtet erneut die Aufmerksamkeit der Reichs- und Landesregierung auf die Kreditlage in der badischen Landwirtschaft. Es besteht ein großer Bedarf an Realreditmitteln, die zu erträglichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn nicht über kurz oder lang in Baden gleiche Verhältnisse eintreten sollen, wie wir sie heute im Ostpreußengebiet kennen.“

Präsident Reidel, der Mann mit dem Hungergehalt, behandelte die Bedeutung der Landwirtschaft und beklagte deren gegenwärtige Unrentabilität. Er betonte im Zusammenhang damit die gewaltige Belastung der badischen Landwirtschaft durch die erhöhte Umsatzsteuer, die Herr Weining notverordnungete.

In einer Entschliessung dagegen wird ausgedrückt:

Kurze Wirtschafts-Nachrichten

Eberbacher Schweinemarkt vom 17. März.
Zufuhr 652 Milchschweine, 12 Käfer. Preise: Milchschweine 20—26, Käfer 60—65 RM. Es verblieben in beiden Gattungen Ueberstände.

Vom badisch-pfälzischen Holzmarkt.
Nach der Holzpreisstatistik des Reichsforstwirtschaftsrates für den Monat Februar 1932 erbrachten in Baden 1100 im Fichten, und Tannen-Langholz (25—29) durchschnittlich 9,90 RM, wovon allerdings 1/4 aus Windfall im November 1930 stammen, 273 im desgl. Abchnitte (30—34) ebenfalls aus Windfall stammend 9,90 RM, 201 im Kiefern-Abchnitt (30—34) 11,15 RM, 253 im desgl. (35—39) 20,09 RM, und 1174 im Fichten- und Tannen-Papierholz gemischt ohne Rinde 4,82 RM.
In der Rheinpfalz erbrachten 402 im Fichten-

„In der Vierten Kollerordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 Prozent auf 2 Prozent erfolgt unter gleichzeitiger Befreiung des alten Satzes für Getreide, Mehl, Brot und Kleie. Für die Ernährung des Volkes ist die Versorgung mit Milch und Fleisch in gleicher Weise bedeutsam wie die Versorgung mit Brot. Bei der gegenwärtigen Dreifachbelastung für diese Produkte ist überdies eine Befreiung mit der erhöhten Umsatzsteuer unmöglich, wenn nicht eine Abwälzung auf die Landwirtschaft und damit eine weitere Senkung der Erzeugerpreise herbeigeführt werden soll.“

Die Badische Landwirtschaftskammer bittet deshalb die Reichsregierung, in gleicher Weise wie Getreide, Mehl usw. auch Milch und Fleisch von der erhöhten Umsatzsteuer zu befreien.

Die Reichsregierung möge ferner entsprechend der Entschliessung des Reichstages bei der Verabschiedung des Milchgesetzes das Pasteurisieren der Milch von der erhöhten Umsatzsteuer befreien.“

Herr Ouspächter Gebhardt, Dammbhof, begründete folgende Entschliessung:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat dieser Tage der Reichsregierung eine Bitte unterbreitet, monach die in der Kollerordnung vom 23. Januar 1932 vorgesehene Sicherung für Düngemittel- und Saatgutkredite durch die Feldfrüchte nicht eine zwangsläufige, sondern nur eine auf Antrag des Eigentümers oder Pächters zu gewährende Sicherheit sein soll.“

Wir bitten die Badische Regierung, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß diesem Antrag des Deutschen Landwirtschaftsrates stattgegeben wird.“

Oberbürgermeister I. A. Vehm, Villingen, legte eine Entschliessung zur Not der Landwirtschaft vor:

„Die Preise für das Holz erreichen gegenwärtig kaum mehr die Produktionskosten. Eine weitere Belastung des Holzes durch die erhöhte Umsatzsteuer ist deshalb mehr als ungerechtfertigt. Die Badische Landwirtschaftskammer bittet die Reichsregierung, für das Holz die Umsatz-

und Tannen-Langholz (25—29) durchschnittlich 11,91 RM, 22 im Kiefern-Langholz (25—29) 12,20 RM, 251 im Kiefern-Abchnitt (30—34) 14,86 RM, 256 im desgl. (35—39) 16,92 RM, 565 im Fichten- und Tannen-Papierholz gemischt ohne Rinde 6,85 RM, 10 602 im Fichten- und Tannen-Langholz gemischt 7,13 RM, 492 desgl. in Schichtmaß 4,94 RM, 840 im Buchenstämme und Abchnitte (40—49) 18,09 RM, 430 im dito (30—39) 15,04 RM, und 95 im desgl. (20—29) 11,19 RM, alles je tm.

Einzelhandel gegen Warenhaus

Eine jener wirtschaftlichen Organisationen, die bisher immer noch nicht begriffen hatte, was eigentlich gespielt wird, ist die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Hier saßen bisher die vermeintlichen Vertreter des kleinen Gewerbes mit denen der Warenhausjuden friedlich an einem Tische und verbrüderten sich nicht selten in ihren Ansichten. Was dabei für den Mittelstand herauskam, kann man wohl an den fünf Fingern abzählen. Nun hat die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels dieser Tage auf einer geschlossenen Mitgliederversammlung in großer Mehrheit den Vorstand beauftragt, eine allgemeine Sperre für Einheitspreisgeschäfte zu fordern, da die durch die letzte Kollerordnung angeordnete Sperre für Städte bis zu hunderttausend Einwohnern nicht genügt. Der Vorstand wird sich — vielleicht schweren Herzens — diesem begriffswerten Beschlusse anschließen müssen. Damit hat die Einzelhandelsorganisation endlich einmal gezeigt, daß die Erkenntnis der gegebenen Notwendigkeiten nicht ganz ausgestorben ist.

Beim Warenhausverband hat dieser Beschlusse große Befürzung erweckt. Hatte man doch kurz vorher dem Mittelstand einreden wollen, daß die Beschränkung der Ausbreitung von Ramschläden „mittelstandsfeindlich“ (1) sei. Nun auf den Leim ist selbstverständlich niemand gekrochen. Immerhin haben die Warenhauskonzerne in den Großbetrieben des Einzelhandels anscheinend eine Unterstützung gefunden. Das wäre nicht weiter verwunderlich, ändert jedoch an der Front im deutschen Einzelhandel gar nichts. Im Gegenteil begrüßen wir die endliche Klärung; Warenhauskapital und Mittelstand hat an einem Tische nichts zu suchen!

Neuer wieder auf den alten Satz von 0,85 Prozent herunterzusetzen.“

Direktor Jäger vertrat eine Entschliessung, die den Zuckerribanbauern aufhelfen soll:

„Die Badische Landwirtschaftskammer entnimmt mit Bedauern dem Schreiben des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 18. März 1932, daß die Reichsregierung sich außerstande sieht, die von der Kammer mit Schreiben vom 2. März 1932 erbetene Erhöhung des Süddeutschland gewählten Zuckerribanbankontingentes vorzunehmen. Sie entnimmt daraus weiter, daß die Reichsregierung auch jetzt noch nicht gewillt ist, der in den vergangenen Jahren deutlich zum Ausdruck gekommenen Entwicklung des Zuckerribanbaues, der Verlagerung vom Osten nach dem Süden und Westen, vom Großbetrieb nach dem bäuerlichen Familienbetrieb, Rechnung zu tragen.“

Die Badische Landwirtschaftskammer richtet an die Reichsregierung erneut die Bitte, die durch das Kontingentierungssystem verursachte Starrheit im Zuckerribanbau zu beseitigen.“

Den notleidenden Tabakbau vertrat Bürgermeister Held, Lauenheim, mit folgender Entschliessung:

„Die Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer wolle beschließen, die Reichsregierung zu bitten, eine Vergrößerung der Anbaufläche für Tabak um 10 Prozent für das Jahr 1932 anzuordnen, da infolge der zunehmenden Devisenverknappung die Einfuhr ausländischer Rohstoffe stark zurückgeht, andererseits der organisierte Qualitätsabbau sehr wohl in der Lage ist, aufgrund seiner betriebswirtschaftlichen Verhältnisse eine um 10 Prozent größere Fläche ordnungsgemäß mit Tabak zu bepflanzen.“

Landwirt Huber, Löhnerberg, der zweite Vorstehende des schwarzen Bauernvereins verlas eine weitere Entschliessung an die Adresse seines hochverehrten Zentrumsparteifreundes Weining:

„Die 39. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer lenkt die Aufmerksamkeit der Badischen Regierung auf die bedenkliche Lage der Klein- und Abfindungsbrennereien hin. Sie bittet die Badische Regierung, mit allem Nachdruck:

1. die sofortige Senkung des Spiritusverkaufspreises und damit des Brantweinaufschlages für die Klein- und Abfindungsbrennereien zu fordern;
2. die beabsichtigte Einführung eines Ablieferungszwanges für die lieferungsfähigen Brantweine aus den Klein- und Abfindungsbrennereien ist für die Verhältnisse der süddeutschen kleinlandwirtschaftlichen Betriebe untragbar und würde die fernere Verarbeitung und Verwertung der bodenständigen Rohstoffe und Rückstände des Obst- und Weinbaues einschneidend gefährden.
3. Mit der notwendigen Senkung des Spirituspreises ist eine Rückvergrößerung der jetzt höheren Brantweinaufschlagssätze für die nachweislich unverkauften, höher versteuerten Edelbrantweine einzuführen, da andernfalls gerade die kleinsten Betriebe durch den Preisrückgang aufs Schwerste betroffen würden.
4. Ferner bittet die Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer die Badische Regierung erneut um wirksamen und nachhaltigen Schutz der heimischen Edelbrantweinerzeugung gegen die überhandnehmende Nachahmung und Verfälschung der reinen Edelbrantweine.“

Herr Huber sollte für den Sturz des Hindenburg-Weining-Systems kämpfen, dann hätte die Entschliessung Aussicht auf Erfolg.

Herr Oetnermeister Wolf, Wagnenau, verlangte umfassende Schutzmaßnahmen gegen den Kartoffelkäfer, wie folgt:

„Die Badische Landwirtschaftskammer hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung durch eine Verfügung die Sperren für die Einfuhr von verschiedenen Erzeugnissen aus Frankreich Vorkehrungen gegen die Einschleppung des Kollerobkäfers nach Deutschland getroffen hat.“

Die Badische Landwirtschaftskammer bittet Reichs- und Landesregierung um strengste Ueberwachung dieser Einfuhr, insbesondere der Umgehung durch Transit über angrenzende Länder, um damit der Gefahr der Verschleppung des Kartoffel-Schädlings nach Deutschland zu begegnen.“

Dr. Hahn führte aus, Entschliessungen hätten deutliche meißens ein sehr unheimliches Schicksal. Einem Einfuhrkontingentierungssystem müsse man vorbehaltlos zustimmen. Wieder habe man immer verfaßt, die Interessen Deutschlands in genügendem Maß wahrzunehmen. Die Handelsvertragspolitik 1925/26 habe ihr gut Teil zur deutschen Katastrophe beigetragen. Die Kredite seien die Schlinge um den Hals der deutschen Bauern geworden. Auch heute ist dem Bauern nicht geholfen, wenn er Kredit erhält, die Einnahmen seien heute so, daß selbst Bauern mit wenig oder gar keinen Schulden, die ihren Betrieb völlig mit eigenen Leuten besorgen, sämtliche Einkünfte für Steuern und Abgaben abliefern müßten. Das seien die Sünden der letzten zehn Jahre. In Berlin sei man für die Räte der badischen Landwirtschaft schwerhörig geworden. Schluß 20 Uhr, Fortsetzung Dienstag 1/29 Uhr.

Olub Künst und Laban

Badisches Landes-theater, Karlsruhe.

In der Aufführung von Beethovens „Fidelio“ am 18. März 32 gastierte als Pizarro Hans Komregg vom Stadttheater in Mainz auf Anstellung. Der Eindruck den der Gast hinterließ war ein äußerst günstiger, die Stimme ist von großem Wohlklang und sorgfältig durchgebildet, in der Höhe scheinbar ergebnisreicher als in der Tiefe. Auf jeden Fall hat man eine Persönlichkeit von Kraft und vornehmlichem Aussehen auf der Bühne, die sich trotz gewisser begrifflicher Zurückhaltung im Spiel gewandt in den Rahmen der hiesigen Aufführung einreichte. Der Charakter des Sängers ist unbedingt der eines Heldendarlans, wie er ja auch für die Partie des Pizarros erforderlich ist und es ist daher anzunehmen, daß er für dieses Fach ausserordentlich ist. Um ein abschließendes Urteil über die Verwendungsfähigkeit dieses Künstlers fällen zu können, wäre es erwünscht, ihn nochmals in einer großen Gesangspartie (Wotan?) zu hören. Wir können aber schon heute einräumen, daß uns eine Anstellung Komreggs empfehlenswert erscheint, für den Fall, daß im übrigen die bekannten Voraussetzungen, für die wir grundsätzlich eintreten, gegeben sind. et.

Klavierabend Ursula Hoffmann in Karlsruhe.

Im Karlsruher Künstlerhaus veranstaltete die jugendliche Pianistin Ursula Hoffmann aus Mannheim einen eigenen Klavierabend, der sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Unter dem künstlerischen Nachwuchs nimmt Ursula Hoffmann bereits heute einen bevorzugten Platz ein und beauptet sich den gefälligen bedeu-

tenden Anforderungen gegenüber durch reiches Können und ihre starke künstlerisch empfindende Persönlichkeit. Die junge Künstlerin ist Schülerin des angesehenen hiesigen Musikpädagogen Kirchenmusikdirektor Hans Vogel, dem sie eine äußerst gelungene Ausbildung und künstlerische Inspiration verdankt. Darüber hinaus schloß Ursula Hoffmann aus eigener Quelle und zeigt Weisensätze, die zu einem hochentwickelten Ausblick berechtigen. De als Selbstverständlichkeit hochentwickelte Technik ist verblüffend und steht im Dienst eines feinsinnigen Gesinnungs, wie ihn das vielseitige, auserlesene Programm erfordert. Schon Beethovens Senale Es-dur op. 31 Nr. 3 ist ein erster Präfestein für pianistisches Können und es war eine Freude, hier einem fein abgemessenen Vortrag in feiner Steigerung lauschen zu können. „Pastorale und Capriccio“ von Scarlatti wirkten reizvoll durch die lebenswichtige Behandlung, die die eigentlichen Schwierigkeiten vergessen ließ. Mit großer Präzision und mit poetischer Grazie spielte die Künstlerin die „Aufforderung zum Tanz“ von Weber-Taubig, aus und schuf sich mit diesem Werk, das in seiner Klavierbearbeitung oft grundlos geschmäht wird, den Höhepunkt des Abends. Auch Liszt war im Programm durch „Gondoliera“ und die populärste seiner Adaptionen, Nr. 2 vertreten und auch hier konnte durch ganz persönliche und ebenso bewährte Auffassung, wie durch besondere Anschlagsnuancen ein starker Erfolg erzielt werden. Der Verkauf war ein außerordentlich herrlicher und gab zu mehreren Zugaben Anlaß; auch reiche Blumen Spenden fehlten nicht. — Wir hoffen, der jungen Künstlerin, ihrer starken Begabung entsprechend bald bei einem großen Klavierkonzert wieder zu begegnen. et.

Mannheim

Wein vom Faß

Liter von **40** Pfg. an

- Alter Pfälzer Tischwein . . . Liter 50
- Alter Dürkheimer Rotwein . . . Liter 50
- Alter Hambacher . . . Liter 70
- Leinweber Kosterger . . . Liter 90
- Bischheimer Löwenberg . . . Liter 90

Wermut . . . Liter 90

Sonder-Angebot von Originalabfüllungen der Winzervereine

- Wachener: mer Mandelgarten, natur, Liter 90
- Dürkheimer Spielberg, natur, Liter 1.00
- Ruppertsberger Kreuz, natur, Liter 1.20
- Ungsteiner Osterberg, natur, Liter 1.40
- Deißeheim-Hahnenbühl, natur, Liter 1.50
- Kallstätter Kobnert, natur, Liter 1.60

Flaschenweine, Sektweine, Liköre in größter Auswahl!

Max Pfeiffer Weingroßhandlung

Tel. 44128 Gegr. 1909
Schweizerstraße 42, G 3, 10, R 3, 7
Sickenheiserstraße 110, Lange Röhrenstraße 4
Luzernberg: Eisenstraße 8, Rheinheim: Engelstraße 4

Oster-Karten

in großer Auswahl zu haben in der **Völkischen Buchhandlung Mannheim, P 5, 13 a**

Ihre Photo-Arbeiten

werden schnell und fachgemäß ausgeführt. Kopien auf Agfa-Hochglanzpapier, Lederaschen, Stative, Platten, Filme, Filmpacks. Fachmäßige Beratung.
Narren-Drogerie, Marktplatz, H 1, 10.

Große Land-Eier 7.-

100 Stück . . . RM. 7.-
extra gr. Enten-Eier .85
10 Stück . . . RM. .85

ROMMEIS, H 1, 15. Ou 2, 22

Ämliche Bekanntmachungen.

Am Mittwoch, den 30. März 1932, 17 Uhr, findet im Bürgerauschuhsaal des Rathauses eine

Bürgeranschuhung
Kass. Die Tagesordnung ist im Rathaus — Durchgang — und an den Rathausstufen der Gemeindekanzlei angeschlagen.

Der Zutritt zur Galerie ist nur gegen Eintrittskarten gestattet; die Karten werden durch Vermittlung der Bürgeranschuhfraktionen ausgegeben.

Mannheim, den 22. März 1932.
Der Oberbürgermeister.

Mahnung städtischer Forderungen.

Aus dem Monat Februar 1932 sind zur Zahlung fällig geworden: Gemeindegerichts- und Meldegebühren, Gebühren, Tiefbauamt-, Feuerherdgebühren, Desinfektions-Gebühren, Wirtschaftsämtern, Bau-, Grundbuchamt- und Ortsgerichtsgebühren. Wir ersuchen um Zahlung bis spätestens 24. März 1932. Die Vergütungsfreier bis einschließlich 20. März 1932 ist sofort zu zahlen, ebenso die Gemeindegebührensteuer für Februar 1932. Wer diese Fristen verläßt, hat 10 v. H. jährlich und, soweit Vergütungsfreier und Gemeindegebührensteuer in Frage kommen, 12 v. H. jährlich Verzugszinsen zu entrichten und die mit hohen Kosten verbundene Zwangsversteigerung zu erwarten. Eine besondere Mahnung jedes einzelnen Bürgers erfolgt nicht. Zahlung ist auf den bereits behandelten Forderungszettel zu leisten. Kassenstunden: bei der Stadtparkasse Samstags von 8—12 Uhr, an den übrigen Werktagen von 8—1/13 Uhr und von 1/13—16 Uhr, bei den Gemeindekanzleien der Vororte nach den in den Rathäusern angeschlagenen Anschlägen.

Stadtkasse.

Praktische Ostergeschenke

wie: Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Nagelpflege-Etuis usw.
Reiche Auswahl — Niedrigste Preise

Friedrich Schlemper

Spezialhaus für Seltener Stahlwaren. G 4, 15 (Königsplatz) Tel. 302 48

Bei Umzügen

empfiehlt sich bei billigster Berechnung im Ab- und Anmontieren d. Badeeinrichtungen, Gasherde usw. Neuanschaffung billigst.

Fr. Deubert, Mannheim

Sandhoferstraße 8, Telefon 53193.

Reserviert T

Ihre Schuhe

besucht gut und billig
LUDWIG ERTL, Schuhsohlerei
Waldhofstraße 8.

Christian Feit

Elektr.-Licht-, Kraft- u. Schwachstromanlagen
Beleuchtungskörper, Staubsauger, Gasherde, Koch- und Heizapparate äußerst billig. Ratenszahlung auch übers Gaswerk.
Telefon 22497, Bureau: K 4 18

Günstiger Gelegenheitskauf!

Eine Partie Schränke von RM. 10.— an, 1 Posten Federbetten und Kissen von 3.— und 7.— RM. an und sonst. verschiedene Einzelmöbel spottbillig abgegeben.
Günther, Qu. 5, 16.



Wilhelm Reichert.

Tuchlager
Massanfertigung

Anzugstoffe RM. 7.-, 9.-, 10.-, 12.-, 14.-, 16.-, 18.-
Jahrlieferer komplette Anzüge für RM. 55.-, 65.-, 80.-, 90.-, 100.-, 110.-, 120.-, 150.-
Seckenheimerstr. 14 Etagegeschäft

Höhere Privat-Lehranstalt

Institut Schwarz

M 3, 10 Mannheim Tel. 23921
Sechs - Oberprima mit 4 Volksschulklassen. - Tag- und Abendklasse
Schüler und Schülerinnen, Aufgabenerw., Nachholkurse, Indiv. Behandl., Beste Erfolge, Gering. Schulgeld, Prospekt frei, Anm., Untf.

Unsere Qualitäts-Samen

bringen stets Erfolg
Alle Bedarfsartikel für den Garten.
Badisches Samenhaus Q 2, 5
Laden H 1, 7, L'hafen Kurzenstr. 8
Verlangen Sie unsere Preisliste

Motorradfahren jetzt billiger als früher!



Zündapp 4.5 PS.

170 ccm, steuer- und fahrscheinfrei, Einzylinder-Zweitakt-Blockmotor, Zweiganggetriebe, Tankschaltung, Kette, schwarz mit verchromtem Sattelkorn, einschließlich elektr. Beleuchtung und Ballhupe

RM. 450.- ab Werk
od. RM. 150.- Anzahlung Rest in 12 Monatsraten

Verlangen Sie die neuesten Prospekte.
ZEISS & SCHWARZEL
Automobil- u. Motorrad-Handelsgesellschaft
Mannheim, G 7, 22 Telefon 263 45

Zwei schöne leere Parterre-Zimmer

in gutem Hause (Kaiserhof), geeignet für Arzt od. Rechtsanw., zu vermieten. Wird auch möbl. Anfrage vermittelt die Geschäftsstelle P 5, 13a.

Führerschein

für alle Klassen erhalten Sie durch Besuch meiner Fahrschule. Meine Lehrfahrten im dichten Stadtverkehr und schwierigen Berggelände gewährleisten Ihnen eine vollkommene Ausbildung.

Georg Schmitt, Käfertal

Mannheimerstraße 20, Telefon 53702

Eier-Teigwaren fabrikation Georg Wieland

Mannheim, S 6, 2 Fernsprecher Nr. 33184

OSTEREIER in 4 Farben

- St. 9, 10 St. 85
- Frische Landeier 10 Stück 98, 88, 78
- Deutsche feinste Molkereibutter . . . Pfund 1.50
- Saft. Emmentaler . . . 1/2 Pfund 35
- Stangenkäse . . . 1/2 Pfund 11
- Braunsch. Mettwurst, . . . Stück ca. 160 g 0.35
- Thür. Hartwurst . . . 1/2 Pfund 45-35
- Alter Malaga 1/2 Flasche mit Glas . . . 1.-

Heinrich Kinna F 1, 7a

Tapezierarbeiten

Aufarbeiten und modernisieren von Polstermöbeln billigst. Unverbindliche Kostenvoranschläge.
W. Frey, Tapeziermeister
Luisenring 62.



Ein großer Posten äußerst billige

Kinderwagen u. Klappwagen

eingetroffen. Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet
H. Reichardt, F 2, 2.

Fahrräder

werden zu Spottpreisen an Prin. abgegeben
Doppel-, K 3, 2, fests. Fahrradgroßhandlung

Zigarren Zigaretten Rauchtabelle

Schokolade Pralinen Osterhasen usw.
kaufen Sie vorteilhaft und billig bei
Pg. Paula Schmitt
P 5, 13a
früherer Kassenraum der NSDAP.

Küchen

neueste Modelle billig bei
DIETRICH
E 3, 11

Nationaltheater Mannheim.

Mittwoch, 23. März: D 28; mittlere Preise: „Hoffmanns Erzählungen“, phantastische Oper von J. Offenbach. Anfang 20 Uhr. Ende 22.30 Uhr.

Donnerstag, 24. März: E 27, Sondermiere E 14; kleine Preise: „Stella“, Trauerspiel von Goethe. Anfang 20 Uhr. Ende 21.45 Uhr.

Freitag, 25. März: Keine Vorstellung.

Samstag, 26. März: C 28, Sondermiere C 14; hohe Preise: „Hedda“, Oper von Westhagen. Anfang 19.30 Uhr. Ende 22.15 Uhr.

Sonntag, 27. März: Außer Miete, Vorrecht F, hohe Preise: Neu inszeniert: „Faust I.“, von Goethe. Anfang 10 Uhr. Ende 22.30 Uhr.

Montag, 28. März: Außer Miete, Vorrecht A, hohe Preise: „Die Meistersinger“ von Nürnberg, von Richard Wagner. Anfang 18 Uhr. Ende 22.15 Uhr.

Dienstag, 29. März: E 28; mittlere Preise: „Prinz Methusalem“, Operette von Johann Strauß. Anfang 20 Uhr. Ende 22.15 Uhr.

Nibelungensaal — Rosengarten.
Dienstag, 28. März: „Im weißen Röhl“, Revue-Operette von Ralph Benatzky. Anfang 15 Uhr. Ende 18 Uhr.

L'hafen — Ufa-Palast im Pfalzbau
Mittwoch, 23. März: Für die Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes — Jungtheatergemeinde: „Iphigenie“, Schauspiel von Goethe. Anfang 20 Uhr. Ende 22.15 Uhr. Freier Verkauf, Schauspielpreise.

Donnerstag, 24. März: Für die Theatergemeinde Freie Volksbühne. — Abt. 1—10, 21—25, 501 bis 535, 735—740: „Iphigenie“, Schauspiel von Goethe. Anfang 20 Uhr. Ende 22.15 Uhr. Freier Verkauf, Schauspielpreise.

Adam Ammann

Mannheim Q 3, 1 Telefon Nr. 33789
Spezialhaus für Berufs-Kleidung
Berufsmäntel für Damen- und Herren
Blaue Arbeiter Anzüge von 3.70 an
Loden-Joppen / Unterkleidung

Die allerbesten Schuhe nur vom



Sivvia Schuhe mit Gelenkstütze für empfindliche Füße. Kinder-Schuhe in reicher Auswahl, billigst.

HEIDELBERG

Bescheidene Anzeigen...	Bescheidene Anzeigen...
3.90	Gabonius-Möbels
4.90	elegant, wasserdicht
5.90	39.- 49.-
Planisolfas	59.-
6.80	
7.50	
9.80	
Bescheidene Preise... bei Meiners	Bescheidene Preise... bei Meiners



- Cablau im Ganzen per Pfund . . . 18
- Cablau per Pfund im Ausschnitt . . . 25
- Cablaufilet per Pfund . . . 50
- Bratschellisch per Pfund . . . 30
- Schollen per Pfund . . . 60
- Feinster Frostzander . . . 65
- gefr. Salm . . . 1.50
- la. Heilbutt, Steinbutt, Seezungen, Rotzungen, Ferner lebend im Bassin Forellen, Schleien, Karpfen und Hechte.

Hauptstraße 18 / Telefon 50



Bescheidene Anzeigen...	Bescheidene Anzeigen...
Blaue Anzüge	Goet-Anzüge
reines Kammgarn	29.-
49.- 59.- 69.-	39.-
85.-	49.-
	59.-
	u. höher
Bescheidene Preise... bei Meiners	Bescheidene Preise... bei Meiners

Adolf am 9. April